

Arbeiter-Zeitung

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis: Abentl. 4 Pf. + 8 Pf. Botenlohn = 50 Pf. monatl. 1,30 Mk. + 84 Pf. Botenlohn = 2,20 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,15 Mk. unter Streifenband 3 Mk. Anzeigenpreis: Die gehobene Wählerversammlung oder deren Raum 12 Pf. Vereins- u. Versammlungsbanner 6 Pf. Restliche Preise: Die dreifache Wählerversammlung oder deren Raum im Text 70 Pf. — Anzeigenpreis in der Hauptexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien

Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Fernsprecher 43002. Postfachkonto: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Gartenhaus). Fernsprecher 43002. Geschäftsverteilung: Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — Geschäftsstand: Breslau. — Verlag: Schlesiensche Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Fernsprecher 43002.

Sieg der Einheitsliste im UEG.-Betrieb

Prozentualer Stimmenanteil trotz Massenentlassung oppositioneller Arbeiter erhöht / Weiterer Rückgang des SPD.-Einflusses / Niederlage der Nazis

Berlin, 20. Januar. (Eig. Drahtber.) Nach dem Vormarsch der Einheitsliste im Siemens-Werk haben auch die Betriebsratswahlen im zweiten Berliner Großbetrieb in der UEG.-Brenntrasse einen vollen Sieg für die Einheitsliste errungen. Von 5135 auf 2871 wurden die Zahlen der Arbeiter, von 1728 auf 791 die Zahl der Angestellten vermindert. Trotz der ungeheuren Massenentlassungen, von denen in der Hauptsache oppositionelle Arbeiter betroffen wurden, hat die Einheitsliste die absolute Mehrheit aller für den Arbeiterrat abgegebenen Stimmen erobert. Es erhielten Stimmen:

Einheitsliste	1933	1931
Reformisten	1321	1997
Nazis	804	1397
Industrieverband	188	380
	22	

(ungültig 132)

Die Einheitsliste steigerte ihre Stimmenzahl von 50 Prozent auf 53,5 Prozent; der Stimmenanteil der Reformisten vermindert sich von 35 auf 32,8 Prozent; der der Nazis von 9 auf 7,6 Prozent. Bei den Angestellten erhielten: UEG.-Liste 230 Stimmen, G.D.M. 65, Nazis und Gelbe 216 Stimmen. 10 Angestellte hatten die Wahlzettel mit SPD. überschrieben. Trotz Terror, trotz des Trommelfeuers aller Feinde der kämpfenden Einheitsfront gegen uns, schritten wir vorwärts in den Betrieben. Wir formieren die Einheitsfront der Arbeiter zum Kampf. Die Nazis sind zusammengewürfen, weil die Arbeiter hitler als Kapitalsagenten ansehen. Aber auch die SPD. ist noch weiter zurückgedrängt; die Einheitsliste hat die absolute Mehrheit der

Arbeiter erobert. Die ersten Anfangserfolge müssen unsere Kräfte beflügeln, schneller muß das Tempo unseres Vormarsches werden. Wir müssen alles tun, daß sich vor allem die freigewerkschaftlichen Arbeiter in unsere Kampffront einreihen.

Nur die Kommunisten kämpfen für Schleichers Sturz

Die kommunistische Reichstagsfraktion teilt mit: In der heutigen Kabinettsratssitzung werden die kommunistischen Vertreter fordern, daß als erster Punkt auf die Tagesordnung der Plenarsitzung des Reichstages am 21. Januar die Abstimmung über den Mißtrauensantrag der kommunistischen Reichstagsfraktion gegen die Regierung Schleicher-Bracht gesetzt wird. Die Kommunisten lassen sich dabei von dem Bestreben leiten, innerhalb wie außerhalb des Parlaments rücksichtslos den Kampf für die Beseitigung der Schleicher-Bracht-Regierung zu führen. Jede Verzögerung der Entscheidung gegen das Kabinett Schleicher-Bracht, sei es durch Regierungserklärungen, lange Debatten oder parlamentarischer Puffhandel, soll durch den Antrag der Kommunisten verhindert werden. Die Entgegennahme eines besonderen Regierungsprogrammes im Reichstag erübrigt sich nach der Auffassung der kommunistischen Reichstagsfraktion, weil die Praxis des Schleicher-Bracht-Kabinetts der werktätigen Bevölkerung bereits zur Genüge bekannt geworden ist.

Neuwahl des Betriebsrates bei Dierig beschlossen

Sabotage der Reformisten gebrochen

Langenbielau, 19. Januar. Vor einigen Tagen fand eine Arbeiterratsitzung des Betriebes Dierig, Langenbielau, statt. In dieser Arbeiterratsitzung unternahmen die roten Betriebsräte einen Vorstoß und verlangten sofort alle Vorbereitungen für die Neuwahl der Betriebsräte zu treffen. Die reformistische Betriebsratsfraktion trat, wie wir das erst auch bei der Reichsgrube anprangern konnten, gegen diesen Antrag der roten Betriebsräte auf. Die Abstimmung, über diesen Antrag ergab über die Mehrheit für den Antrag. Von dreizehn anwesenden Arbeiterräten stimmten sieben für sofortige Neuwahl. Unter diesen sieben befindet sich auch ein Betriebsrat, der Mitglied des D.T.V. ist. Ein christlicher Betriebsrat enthielt sich der Stimme. Das Ergebnis dieser Abstimmung beweist, daß auch in den Kollegen des D.T.V. immer klarer erkannt wird, in wessen Auftrag die reformistischen Betriebsräte die sofortige Neuwahl der Betriebsräte sabotieren. Es kommt jetzt darauf an, diesen Vorstoß sofort in die Tat umzusetzen und eine Belegschaftsversammlung einzuberufen, in der die Betriebsräte Bericht erstatten. Die roten Betriebsräte werden einen umfangreichen Tätigkeitsbericht der Belegschaft unterbreiten und der Belegschaft dürfte es nicht schwer fallen, an Hand der Berichterstattung der roten und reformistischen Betriebsräte sich für den Sieg der roten Einheitsliste zu entscheiden.

Marxismus in der Gegenwart

SPD. verbrennt Marx und den Marxismus

„Ich möchte Sie deshalb bitten, endlich die Manuskripte zu verbrennen, die Sie für die Versammlungen vor der Revolution angefertigt haben.“

(Hermann Müller auf dem Gölzinger Parteitag, 20. 9. 1921. [Parteiprotokoll S. 178.])

Systematisch hat die Führerschaft der SPD. versucht, jede Spur marxistischer Politik in den Köpfen der sozialistischen Arbeiter auszulöschen, um dem Kapital zu dienen — jetzt aber will sie auf ihrem kommenden Parteitag in Frankfurt erneut den Namen von Marx und Engels schänden und sich als „marxistische“ Partei aufspielen! Nur die Kommunisten sind Marxisten!

Belegschaft von Wihard erkämpft alten Lohn

Ein glänzendes Beispiel in der Durchführung der Beschlüsse des 17. Bezirksparteitages

(Arbeiterkorrespondenz)

Liebau i. HgB., 18. Januar. Auf Grund der Papen-Notverordnung hatte die Firma Wihard AG, Abteilung Weberer (die Spinnerei ist stillgelegt) acht Neueinstellungen vorgenommen — die Belegschaft zählte vor den Neueinstellungen 93 Personen — und daraufhin den Lohn für die gesamte Belegschaft um 20 Prozent gekürzt. Gegen diesen Lohnabbau nahm die ganze Druckgruppe unserer Partei Stellung und beschloß, durch eine sofort durchzuführende Diskussion vor dem Fabrikator die Belegschaft zu veranlassen, vor Aufnahme der Arbeit eine Belegschaftsversammlung zu fordern und in dieser gegen den Lohnabbau zu protestieren und Kampfmaßnahmen zu beschließen. Die Versammlung fand statt, doch stimmten in dieser zwei Drittel der Belegschaft für die Aufnahme der Arbeit zu dem gekürzten Lohn. Unsere ungenügende Mobilisierungsarbeit für die Aufnahme des Kampfes war schuld, daß es uns nicht gelang, die Belegschaft für die Aufnahme des Kampfes zu gewinnen.

Am gleichen Tage — diese Vorgänge spielten sich im Monat November ab — hat die SPD. Flugblätter mit der Aufforderung zur Abhaltung einer Belegschaftsversammlung am Abend aufgerufen. Dieser Aufforderung waren nur 25 bis 28 Belegschaftsmitglieder, meist Arbeiterinnen, gefolgt. Ein Kollege der SPD. aus Landeshut sprach zu den Anwesenden. Der Erfolg schien zunächst gering.

Wir nahmen dann in der „Arbeiter-Zeitung“ und in der Ortszeitung zu dem Lohnabbau Stellung und richteten nochmals den Appell an die Belegschaft, jede Kürzung des Lohnes mit Kampf zu beantworten. Als nun am 1. Januar 1933 der Lohnvertrag abließ, stellte der Betriebsrat den Antrag an die Direktion auf Zahlung des alten Lohnes. Da durch die revolutionäre Massenarbeit der Kampfwillen der Belegschaft inzwischen gestiegen war, sah sich die Direktion gezwungen, dem Antrag des Betriebsrates stattzugeben. Der Direktor versuchte diesen Druck der Belegschaft dadurch zu beseitigen, indem er dem Betriebsrat die Erklärung abgab, daß die Aktionäre beschlossen hätten, den Lohn auf Grund der Geldkrise der Arbeiterschaft nicht mehr zu kürzen. Kein Arbeiter glaubt diesen Schwindel, weil alle Arbeiter am eigenen Leibe die Profitgier der Textilbarone verspürt haben.

Hier haben wir ein glänzendes Beispiel in der Durchführung der Beschlüsse des 17. Bezirksparteitages in der Linie der Mobilisierung der Betriebsarbeiter um die Zurückeroberung der alten Löhne. Die Belegschaft von Wihard wird das aktive Eintreten der Kommunisten und der SPD.-Kollegen für ihre Interessen gegenüber dem Unternehmer bei der kommenden Betriebsratswahl mit der Stimmabgabe für die Einheitsliste beantworten.

Die reformistischen Gewerkschaftsführer des Deutschen Textilarbeiterverbandes versuchen jetzt in Flugblättern den Textilproleten weiszumachen, daß die Zahlung des alten Lohnes ab 1. Februar d. J. ein Erfolg der Gewerkschaften sei. Das ist eine Lüge und eine vollkommene Verdrehung der wahren Tatsachen. Die Aufhebung der

Lohnabbau-Notverordnung ist das Ergebnis des außerparlamentarischen Massenkampfes, der vielen Streiks, die unter der Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition in ganz Deutschland und in vielen Fällen mit Erfolg geführt worden sind. Das Papen-Kabinett ist gleichfalls durch den außerparlamentarischen Massenkampf und nicht zuletzt durch den Berliner BWG.-Streik gesprengt worden.

Die schlesischen Textilarbeiter der Betriebe, wo die Unternehmer noch die auf Grund der Papen-Notverordnung gekürzten Löhne zahlen, müssen die Frage des sofortigen Kampfes um die Zurückeroberung des alten Lohnes stellen.

Entfacht überall Massenprotest gegen geplante Nazi-Provokationen vor Karl-Liebknecht-Haus

Schleichers Polizeipräsident genehmigt SA-Parade — verbietet Aufmarsch des roten Berlin

Der Polizeipräsident Meißner hat die SA-Parade vor dem Karl-Liebknecht-Haus erlaubt und die Kundgebung des roten Berlin verboten.

Die SA-Führer wollen durch diese geplante Steigerung ihres Terrors gegen die arbeitende Bevölkerung ihre eigenen Parteiangehörigen ablenken von dem Schacher mit Schleicher und Papen um Ministerposten. Die Nazis führen bewußt diese Provokation, daß der sogenannte „Notstand zur Aufhebung der Verfassung“ erklärt wird. Dieser Provokation erteilt der Berliner Polizeipräsident Schleichers seine Genehmigung.

Die Empörung und Erregung unter der gesamten Arbeiterbevölkerung, auch unter den SPD.-Arbeitern ist derart groß, daß der „Abend-Vormwärts“ vom 19. Januar schreiben muß:

„Die Demonstration der Nationalsozialisten ist eine schwere Provokation. Das Verhalten des Polizeipräsidenten ist eine zweite Provokation.“

„Während derselbe „Vormwärts“ in seiner Abendausgabe vom 18. Januar noch schreibt:

„Es liegt aber nahe, daß die Polizei die Nazi-Demonstration auf dem Bülowplatz aus Gründen der öffentlichen Sicherheit nicht zulassen wird. Dann wird sie natürlich überhaupt keine Kundgebung gestatten. Eine Gegenaktion hätte ja auch ihren Sinn verloren, wenn die Aktion unterbleibt.“

Die Arbeiterschaft wird diese Provokation beantworten mit der entschlossenen Mobilisierung der Einheitsfrontaktion aller Werktätigen gegen den faschistischen Terror.

Berlin, 20. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Nachdem der Berliner Polizeipräsident die antifaschistische Demonstration am Sonntag auf

dem Bülowplatz verboten, den SA- und SS-Aufmarsch vor dem Karl-Liebknecht-Haus aber ausdrücklich genehmigt hat, marschierten gestern wieder mehrere Arbeiter-Jüde zum Protest gegen diese Provokation auf dem Bülowplatz auf. In zahlreichen Betrieben wurden Protestentscheidungen gefaßt, von denen die „Rote Fahne“ heute einen Teil veröffentlicht. In den Betrieben wird auch schon der politische Proteststreik gegen die faschistische Provokation diskutiert. Die „Rote Fahne“ appelliert an die Arbeiter im Reich, den Protest des roten Berlins durch Betriebsbeschlüsse, Massenproteste und Demonstrationen zu unterstützen.

Die faschistische „Tägliche Rundschau“ läßt klar den Zweck der Provokationen der Nazis erkennen. Das Blatt schreibt: „Am nächsten Sonntag hat zum Beispiel die KPD zu einem Aufmarsch auf dem Bülowplatz vor dem Karl-Liebknecht-Haus der Kommunisten aufgerufen. Die KPD hat darauf ihre Massen mobil gemacht. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß bei einer Verschärfung der Lage im Innern tatsächlich ein Notstand eintritt, der unter Umständen auch auf den Termin der Neuwahlen nicht ohne Folgen bleiben würde.“ Die Hitler und Goebbels wollen also die Vorbereitungen schaffen zur Erklärung des „nationalen Notstandes“. Die Hitler und Goebbels verstehen darunter Auflösung des Reichstages ohne Neuwahlen. Auf diesem Wege möchten die Hitler und Goebbels die Verlängerung der Amtszeit der Schleicher-Regierung erreichen um darum herumzukommen, durch eine Abstimmung im Reichstag nochmals Parteikennzeichen zu müssen. Gleichzeitig wollen die Hitler und Goebbels mit ihren Provokationen verschärfte Unterdrückungsmaßnahmen gegen die kommunistische Partei herbeiführen. Darum Arbeiter, schart euch um die kommunistische Partei, schließt euch zusammen zur Kampf-

Appell an alle Kommunisten!

Unser die Betriebe! — Alarmiert alle Betriebe und Straßenzellen für den Betriebsrätewahlkampf

Parteilgenossen und -genossinnen, Jugendgenossen!

Die Schleicher-Diktatur hat — gestützt auf die Tolerierung der Nazis und auf die Mithilfe der Sozialdemokratie und des ADGB — die Durchführung des Kapenschen sozialreaktionären Wirtschaftsprogramms beschlossen. Die Margarine-Verteuerung ist bereits diskutiert. Eine neue Lohnraub- und Feuerungsoffensive steht bevor. Die faschistischen und imperialistischen Kriegstreiber in Deutschland raffen immer stärker mit dem Säbel und drängen zu einem neuen Völkergemeinschaft. Die Militarisierung der Betriebe schreitet fort. Die Schleicher'sche Arbeitsbeschaffung ist und wird ein Fiasko. Allein in der zweiten Dezemberhälfte 170 000 neue Erwerbslose. Immer größer wird das Elend der Betriebsarbeiter, der Angestellten und der Erwerbslosen!

Immer stärker wird der Gegenangriff des Proletariats!

Eine grandiose Streikwelle hat die Notverordnung vom 4. und 5. September zu Fall gebracht. Verschärft müssen alle Kommunisten die Belegschaften zum Kampf gegen die neuen drohenden Verschlechterungen, für die Zurückeroberung der geraubten Löhne unter eigener revolutionärer Kampfführung mobilisieren. — Mit schlotternden Knien kehrt die herrschende Klasse vor der wachsenden Kampfkraft der Belegschaften. In mehr als tausend Streiks haben die Betriebe ihren Widerstandswillen und ihre Kraft gezeigt. Der heroische Streik der Berliner Verkehrsarbeiter, der Streik in der Weberschiffahrt, der Hahnstreik in Hamburg und Hunderte anderer Kampfsaktionen des deutschen Proletariats haben die wachsende Kraft der Betriebsbelegschaften bewiesen.

In den nächsten Wochen wählen die Belegschaften erneut ihre Betriebsräte.

Kommunisten an die Arbeit! Kommunisten vor die Front!

Wir kämpfen gegen die faschistische Schleicher-Bracht-Diktatur, gegen jeden Angriff der Bourgeoisie gegen das Proletariat! Wir kämpfen für die von den Belegschaften selbst aufgestellten Kampfforderungen, gegen jeden Pfennig Lohnabbau, für die Zurückeroberung der geraubten Löhne, gegen jede betriebliche und tarifliche Verschlechterung.

Wir kämpfen für das Bündnis der Betriebsarbeiter mit den Erwerbslosen und mit den Angestellten.

Wir kämpfen gegen die Vergewaltigung der den Werttätigen geraubten Milliarden für die faschistische Aufrüstungspolitik der deutschen Bourgeoisie.

Wir kämpfen gegen die imperialistische Kriegspolitik, gegen Verhaftungen, gegen die Arbeitsdienstpflichtmaßnahmen und -Verordnungen, gegen die faschistisch-militaristische Verführung der Jugend!

Wir kämpfen in Einheitsfront mit allen zum Kampf gewillten Klassenangehörigen gegen den Leipart-Kurs in den Gewerkschaften, gegen die Lohnraubpolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie, der christlichen und kirchlich-katholischen Verbände, gegen den Streikbruch der ADGB-Führer, gegen das Denunziantentum und die Dolchstoßpolitik der NSDAP!

Auf Forderung des Frankfurter ADGB-Kongresses wurden im vorigen Jahr die Betriebsrätewahlen verboten. Die herrschende Klasse und ihre Agenten aus der ADGB-Führung fürchteten die Abrechnung der Belegschaften mit der verräterischen Bürokratie! Nach dem Protokoll des ADGB-Kongresses wurde die Erklärung der Stimme der Belegschaften damit begründet, daß „die Betriebsrätewahlen die Betriebe nicht zur Ruhe kommen lassen“. Die Leipart, Pusmann, Siegerwald, Imbusch, Krupp und Siemens brauchen „Ruhe“ in den Betrieben, um einen Lohnraub von 5 Milliarden Mark durchzuführen.

Kommunisten! Genossen! Jugendgenossen! Kämpft in diesem Jahr für die unbedingte Durchführung der Betriebsrätewahlen! Kämpft für die Einheitsfront des Proletariats! Kämpft Schulter an Schulter mit den Angestellten, den Jugendlichen, den Erwerbslosen!

Bildet Stoßbrigaden für die Großbetriebe

und für solche Betriebe, in denen unsere Positionen schwach sind! Kein Betrieb ohne revolutionäre Betriebszeitung! Alle roten Betriebsräte berichten von ihren Belegschaften. Schonungslos Selbstkritik bei gemachten Fehlern! Organisiert liberale die Wahl betrieblicher Wahlauschüsse auf der Grundlage der Einheitsfront von unten!

Schmiedet die kämpfende Einheitsfront bei den Betriebsrätewahlen!

In jedem Betrieb gewinnt die Gewerkschaftsmitglieder für die von der revolutionären Gewerkschaftsopposition vorgeschlagenen Arbeiterforderungen. Seht alle Kräfte ein, damit in den gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen solche Arbeiter als Kandidaten aufgestellt werden, die bereit sind, den Kampf für diese Forderungen zu führen. In Betrieben mit schwächerem Organisationsverhältnis gewinnt die Gewerkschaftsmitglieder und Kandidaten für die Kandidatur mit den Unorganisierten auf einer Einheitsliste. Es ist aber auch zulässig, neben der oppositionellen Gewerkschaftsliste eine besondere Liste, auf der unorganisierte Arbeiter kandidieren, aufzustellen, um die breitesten Massen der Arbeiter, darunter auch die Arbeitermitglieder der NSDAP, für die Wahl roter Betriebsräte zu gewinnen.

Wo es noch nicht gelingt, die Mehrheit in der gewerkschaftlichen Mitgliederversammlung zu erobern, kämpfen wir in den Betriebsabteilungen im Zeichen der Einheitsfront, neben der Aufstellung von Kommunisten, vor allem um die Aufstellung oppositioneller Gewerkschaftsmitglieder, kampfgewillter sozialdemokratischer und Nazi-Proleten auf die Einheitsliste. Die endgültige Kandidatenaufstellung soll in einer Belegschaftsversammlung erfolgen.

Für Angestellte gilt die gleiche Taktik. Gelingt uns noch nicht die Gewinnung der Mehrheit der Mitglieder des Afa-Bundes und GdA und ist die Aufstellung einer Einheitsliste noch nicht möglich, so können mit vorheriger Zustimmung der WSt. revolutionäre Angestellte oder Beamte auf der Gewerkschaftsliste kandidieren.

In Betrieben mit Betriebsgruppen eines roten Einheitsverbandes und eines reformistischen und christlichen Verbandes wenden sich die Mitglieder des Einheitsverbandes an die Mitglieder der anderen Organisationen und an die Unterorganisationen zwecks Aufstellung einer Einheitsliste auf der Basis bestimmter Arbeiterforderungen.

Das Proletariat braucht Betriebsräte, die energisch und rücksichtslos die Interessen der Kollegen gegen das Unternehmertum vertreten.

Das Proletariat braucht Betriebsräte und Angestelltenräte,

die entschlossen und furchtlos den Widerstand der Belegschaften gegen die unaufhörlichen Attentate des Kapitals organisieren und führen! Alle Kommunisten müssen ihre Pflicht tun! Jede Zelle im Betrieb und im Straßengebiet konzentriert sich auf die Betriebsrätewahlen im Zeichen des Kampfes gegen Kapitaldiktatur, Lohnraub, Faschismus und Kriegsverbrechen. Alle oppositionellen Gewerkschaftsfaktionen, kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaftsverbänden legen ihre Arbeit fest!

Die Aufstellung der Kandidaten erfolgt in der Belegschaftsversammlung.

Führt und unterstützt den Kampf der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge für die Ausübung des Wahlrechts und für das Recht der Kandidatur zu den Betriebsrätewahlen. Entsprechend der Bedeutung der Arbeiterinnen wählt die aktivsten Arbeiterinnen als Betriebsräte. Mobilisiert die Angestellten für ihre eigenen Forderungen und helfe den Angestellten bei der Aufstellung von Einheitslisten zu den Angestelltenräten in den Industrie- und Handelsbetrieben wie bei den Banken.

Kämpft für die proletarische Demokratie in den Verbänden! Kämpft mit allen Klassenangehörigen gemeinsam, die gewillt sind, gegen betriebliche Verschlechterungen, gegen die Schleicher-Diktatur und gegen den Leipart-Kurs der Gewerkschaftsführer zu kämpfen!

Kommunisten! Klassenbewusste Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften! Erkämpft für eure Belegschaften eine revolutionäre Kampfführung gegen Lohnabbau und Faschismus!

Macht die Betriebe zu Burgen des revolutionären Widerstandes!

Gestaltet die Betriebsrätewahlen 1933 zu einem Triumph der proletarischen Einheitsfront, zu einer grandiosen Manifestation des gemeinsamen Kampfes der Betriebsarbeiter, der Angestellten und der Erwerbslosen. Organisiert in den Arbeitsdienstpflichtlagern die Wahl zum Kampf gewillter jugendlicher Vertrauensleute. Gestaltet die Betriebsrätewahlen zu einem vernichtenden Schlag gegen den Hitlerfaschismus, gegen den Schleicher-Kurs der Leipart-Bürokratie! Gewinnt die Gewerkschaftskollegen, gewinnt die Nazi-Proleten für den revolutionären Klassenkampf.

Unser die Betriebe! Vorwärts im Kampf um die Arbeiter- und Bauernrepublik, im Kampf für den Sozialismus!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

Berlin, den 18. Januar 1933.

Kämpft gegen Stilllegung der Koncordiagrube

140 Kumpels und sämtlichen Angestellten gekündigt — Vorbereitender Kampfausbruch gegen Stilllegung gewählt — Grubenbelegschaften! Heraus zur Solidarität gegen die Stilllegung, zum Kampf um die eigenen betrieblichen Forderungen!

Hindenburg, 20. Januar. Seit mehr als 14 Tagen wird die Belegschaft der Koncordiagrube unter Führung des roten Betriebsratsvorsitzenden mobilisiert gegen die drohende Stilllegung des Betriebes. Die Verwaltung — vor dem Kampfwillen der Belegschaft zurückweichend — versuchte mit lenkenden Dementis, wozu sie den Oberbürgermeister und Landtagsabgeordneten Franz Benneke, der Leberechtigkeit gegenüber nachzuweisen, daß eine Stilllegung nicht in Frage kommt.

Am Dienstag erhielten 140 Mann und sämtliche Angestellten der Koncordiagrube die Kündigung zugestellt. Diese Maßnahme, insbesondere die Kündigung sämtlicher Angestellten, bedeutet für die Anlage die kommende Stilllegung. Unter der Belegschaft herrscht ungeheure Erregung.

Der rote Betriebsratsvorsitzende berief sofort den Gesamtbetriebsrat ein unter Einziehung der Schichtgruppe des GSWD, der KBC, Kameraden sowie der sozialdemokratischen und christlichen Funktionäre und Vertrauensleute.

Die Aussprache über die von der Verwaltung erfolgten Kündigungen ergab volle Einmütigkeit darüber, daß die Stilllegung der Koncordiagrube in unmittelbare Nähe gerückt ist.

Einmütig wurde ein vorbereitender Kampfausbruch gewählt, der beauftragt wurde, gemeinsam mit dem Betriebsrat die Kampfmaßnahmen gegen die Stilllegung der Koncordiagrube einzuleiten. Folgendes Kampfprogramm wurde aufgestellt, für das die Belegschaft mobilisiert wird und welches der rote Betriebsrat vor der Verwaltung der Koncordiagrube zu vertreten hat:

1. Sofortige Rücknahme der Kündigungen der Arbeiter und Angestellten.
2. cessation des geschlossenen Badehauses, um der Belegschaft ohne Zeitverlust und Gefährdung ihrer Gesundheit die Benutzung zu ermöglichen, da das im Betrieb befindliche Badehaus für die Belegschaft nicht ausreicht.
3. Zahlung des Härtezuschusses und Abschluß der Bedingte nicht mit den Ortsältesten, sondern unter Teilnahme der gesamten Kameradschaft.

Die Belegschaft hat in den letzten Tagen, wie es auch auf der Belegschaftsversammlung am 15. Januar zum Ausdruck kam, mit klarer Eindeutigkeit ihre Bereitschaft erklärt, gegen die Stilllegung und Entlassungen geschlossen zu kämpfen. Sofort müssen die Kumpels in den Abteilungen, vor Ort und Ausschuss zur Durchführung des betrieblichen Kampfprogramms alle Maßnahmen einleiten. Schon allein die Bereitschaft der Kumpels der Koncordiagrube zum Kampf gegen die Stilllegung, hat die Verwaltung veranlaßt, zu manövrieren und die Stilllegungsabsichten zu verschleiern. Nur der geschlossene Wider-

stand der Belegschaft wird die Stilllegung verhindern und die Rücknahme der Kündigungen erzwingen.

Grubenbelegschaften! Heraus zur Solidarität mit den Koncordiakumpels gegen die Stilllegung, zum Kampf um die eigenen betrieblichen Forderungen. Nehmt auch ihr zu der drohenden Stilllegung Stellung, denn die Abwehr und Verhinderung der Stilllegung der Koncordiagrube ist der Kampf aller Kumpels zur Vernichtung der Pläne der obersteifischen Jechenbarone gegen die Arbeiter.

Aufhebung der Bedürftigkeitsprüfung

Berlin, 20. Januar. In der gestrigen Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages wurde ein Antrag angenommen, der die Aufhebung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung fordert, die in der Arbeitslosenversicherung nach sechsmonatigem Unterhaltungsbezug erfolgt. Der Antrag bedeutet also, daß die Versicherung zwanzig Wochen lang ohne Hilfsbedürftigkeitsprüfung gezahlt werden soll. Die

Ueber 2000 Ratiborer Erwerbslose demonstrieren gegen Hunger und Frost

Polizei antwortet mit Gummiknüppelattacken und „Schreck“schüssen

Ratibor, 20. Januar. In Ratibor kam es gestern zu gewaltigen Erwerbslosenkundgebungen gegen Hunger und Frost, für welche Winterhilfe. Die Mittags im Lokal von Ring in der Döjager Straße abgehaltene Erwerbslosenversammlung war von 1500 Kollegen besucht. Anschließend wurde in den Straßen demonstriert. Der Demonstrationen zug, der nach der inneren Stadt zum Landratsamt marschierte, wo eine Delegation die Forderungen dem Landrat unterbreitete, wuchs auf über 2000 erwerbslose Frauen und Männer an. Die Polizei versuchte mit brutaler Gewalt die Demonstration auseinander zu jagen. Hierbei kam es zu Zusammenstößen, wobei ein Beamter verletzt wurde. Die Telegraphen-Union spricht in ihrem Bericht von der „bedrängten“ Polizei, die dadurch gezwungen war, einige „Schreck“schüsse abzugeben. Als die Demonstranten versuchten,

Regierung ist gegen diesen Antrag und gibt bekannt, daß sie ihren Plan der Vereinfachung der Arbeitslosenhilfe weiter verfolgen.

In Leipzig zwei Arbeiter niedergeschossen

Am 18. Januar überfielen in Leipzig SA-Geute, schwer bewaffnet mit Revolvern und Messern, eine Anzahl sozialdemokratischer Arbeiter. Ein Arbeiter erhielt zwei Bauchschüsse, der andere Arbeiter wurde durch einen Schuß in den Oberschenkel verletzt. Die SPD-Worker setzten sich gegen die angreifenden SA-Orden zur Wehr und es wurden zwei der braunen Stroche verletzt.

Berichtigung. In dem Artikel „Verantwortungsbewusste und nationale Opposition“, erschienen in der Nummer vom 18. Januar, ist ein Druckfehler. In dem zweitletzten Absatz muß es zu Anfang des dritten Satzes heißen: „Das ist ein Scheinkampf zur Verwirrung der Arbeitermassen“ usw.

auf den Ring vorzudringen, wurden wüste Gummiknüppelattacken durchgeführt. Die bürgerliche Zeitung von heute Morgen versucht das Einschlagen von vier großen Scheuenscherbeisen, wie immer, den Kommunisten in die Schuhe zu schieben, obwohl feststeht, daß das Einschlagen von Scheiben durch Provokateure erfolgt ist.

Schneeberg i. Schleif., 20. Januar. Am Mittwoch haben die hiesigen Erwerbslosen auf dem Ring für ihre Winterhilfsforderungen demonstriert. Unter dem Druck der demonstrierenden Massen hat der Bürgermeister der Delegation die Zusicherung gegeben, daß alles, was nur irgend möglich sei, zur Linderung der Erwerbslosennot geschehen werde.

Auf diese leeren Versprechungen dürfen natürlich die Erwerbslosen nichts geben. Der Kampf muß weitergeführt werden.

Bildet die rote Einheitsfront in der technischen Abteilung der Straßenbahn zu den Betriebsräte wahlen!

Breslau, 20. Januar 1933.

Die Betriebsräte wahl 1933/34 haben eine solch ungeheure Bedeutung für das Proletariat, weil sie im Zeichen des Kampfes gegen Faschismus und imperialistischen Räuberkrieg stehen.

In welcher Lage befinden sich die Arbeiter der technischen Abteilung?

Der Lohn wurde den Arbeitern und Handwerkern in der Woche um durchschnittlich 16 Mark gekürzt. Der Reichsmantelarif brachte in Punktlohn, Prozentzahlungen an Sonn- und Feiertagen, Altersurlaub, erhebliche Verschlechterungen.

Man darf aber nicht vergessen, daß unter der Aera des Betriebsratsvorsitzenden und Kommunisten Rohstoff es immer wieder gelang, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in der Schutzkleidung sowie bestimmter sozialer Einrichtungen zu erringen.

Der Kurs des „kleineren Übels“

Es muß ausgegeben werden, daß Strachotta, solange er noch der Kommunistischen Partei angehörte und die Politik dieser Partei befolgte, daß es ihm in Verbindung mit der Mehrheit seines Betriebsrats gelang, Verbesserungen für die Belegschaft herauszuholen.

Wer will bestreiten, daß die Gewerkschaftsbürokraten und ihre Betriebsräte für die Rationalisierung eingetreten sind? Welche Erfolge wurden aber dadurch für die Straßenbahner erzielt?

Die „Volkswacht“ und die Betriebsräte

Die „Volkswacht“ vom 16. Januar 1933 schreibt u. a. in dem Artikel zu den Betriebsräte wahlen folgendes:

„Ein kommunistischer Betriebsrat aber, der sich ernsthaft bemühen würde, von den Gewerkschaften etwas zu lernen, müßte ja auf die Dauer ein Anhänger der sachlichen Gewerkschaftsarbeit werden.“

Ein besseres Beispiel für dieses Argument als Strachotta kann es wohl nicht geben. Die Folgen dieses „ernsthafte n Erlernens“ der

„sachlichen Arbeit“ der Gewerkschaftsbürokratie durch Strachotta spüren die Straßenbahner schon jahrelang an eigenen Leibe. Ist diese sachliche Gewerkschaftsarbeit, um im Ton der „Volkswacht“ zu reden, Hilfe für das Arbeitsvolf aber ist sie Hilfe für die politischen Geschäfte der jeweiligen kapitalistischen Regierung, ganz gleich, mit welcher Befehung? Die Erkenntnis, daß diese sachliche Gewerkschaftsarbeit nur die politischen Geschäfte der Bourgeoisie besorgt, ist in den Ohren eines großen Teiles besonders von Industriearbeitern gereift.

Einheitsfront auf der Grundlage des Kampfes!

Kollegen Straßenbahner! Was muß getan werden?

Die kämpfende Einheitsfront zu den Betriebsräte wahlen der technischen Abteilung muß gebildet werden. Zunächst, liebe „Volkswacht“, die deutschen Arbeiter sind keine Humpelmänner, die sich ewig von politischen Schaukelherden wie Strachotta an der Nase herumführen lassen.

Jeder Gemeindearbeiter liest



Reichsorgan der RGO. Industrie-Gruppe Gemeinde und Verkehr

Bürokraten und ihre Trabanten sind Feinde der Gewerkschaftsmitglieder, aber Freunde des Magistrats und der Verwaltung. Aus diesem Grunde werden sich alle denkenden Straßenbahner nicht abhalten lassen, und wenn noch eine so gemeine und verleumdende Agitation gegen die revolutionären Arbeiter getrieben wird, die kämpfende Einheitsfront als den einzigen Ausweg gegen weitere Verelendung, Betriebsfaschismus und imperialistischen Räuberkrieg herzustellen.

Kampfprogramm

Die Kollegen, die auf der Einheitsliste der Betriebsarbeiter zur Betriebsräte wahl kandidieren, verpflichten sich, für folgende Forderungen einzutreten und an der Spitze der Belegschaft zu kämpfen:

- 1. Für die Organisation des entschlossenen Kampfes gegen jeden Pfennig Lohnabbau, für Weiterzahlung der Ausgleichszulage und ihrer Eingliederung in den Tariflohn.
2. Für vierzigstündigen Woche mit vollem Lohnausgleich, für Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß.
3. Gegen jede Entkommunalisierung.
4. Gegen jede betriebliche Verschlechterung, für den Ausbau der sozialen Einrichtungen, für ausreichende Schutzkleidung, für Abschaffung des Strafsystems, gegen das Antreibersystem, für menschenwürdige Behandlung.
5. Für ein einheitliches Versicherungswesen, mit ausreichenden Unterstü tungen und Renten auf Kosten des Arbeitgebers.
6. Für Herstellung der kämpfenden Einheitsfront gegen die Spaltung- und Ausschlusspolitik der reformistischen Verbandsbürokratie, für bedingungslose Wiederaufnahme der wegen oppositioneller Tätigkeit ausgeschlossenen Gewerkschaftsmitglieder.

aller kampfgewillten Elemente zu den Betriebsräte wahlen aufzustellen, aber sind die die Feinde der Gewerkschaftsmitglieder, die die Herstellung dieser kämpfenden Einheitsfront zu den Betriebsräte wahlen verhindern? Dürfte es nicht jedem Straßenbahner klar sein, daß der Kampf so wie er von Strachotta und Genossen geführt wird, ein Kampf um die Mandate im Interesse der sozialfaschistischen Bürokratie ist, wobei es sie gar nichts kümmert, ob die Nazis auch Mandate erringen. Weibe, National- sowie Sozialfaschisten haben das gemeinsame Interesse an der „Wirtschaftlichkeit“ des kapitalistischen Betriebes.

Der Hitler-Faschismus

Bierweit die NSD. (Nazi) den Straßenbahnern helfen kann, beweist nicht nur die Politik im ganzen Reich, sondern auch die Maßnahmen des Nationalsozialisten Raurat L i b b e, dem Chef der technischen Abteilung, beweisen den Straßenbahnern, was die NSD. ist und was sie will. Sollten einmal die von der sozialfaschistischen Verbandsbürokratie dirigierten Betriebsräte bei Durchführung einer Maßnahme versagen, so werden sie ergänzt werden durch evtl. nationalfaschistische Betriebsräte, die die Maßnahmen brutal und rücksichtslos der Belegschaft einbläuen würden, und wenn es sein muß, mit Hilfe der SA-Terrororgane.

Seit der christliche Gewerkschaftsbunze D u c h n e r verschwinden mußte und Herr Aglasta keinen persönlichen Kontakt kennt, sieht und hört man überhaupt nur soviel von den Christen, als von bestimmten christlichen Magistrats- und Direktionsmitgliedern an Maßnahmen gegen die Arbeiter getroffen werden.

7. Gegen die Tolerierungs- und Streikbruchpolitik der ADGB-Führung, für die Einheit der Arbeiterklasse auf dem Boden des Klassenkampfes.

8. Gegen den Hitlerfaschismus, den Organisator des Streikbruchs und Unterstü tzungskrauses.

Kollegen der technischen Abteilung!

Erscheint restlos zu der von den oppositionellen Gewerkschaftlern in den nächsten Tagen einberufenen Versammlung, welche noch einmal Stellung nimmt zum Kampfprogramm.

Nennt uns die Kandidaten, die euch geeignet erscheinen, eure Interessen restlos zu vertreten!

Die Kandidaten der Einheitsliste müssen in breiter Öffentlichkeit von der Belegschaft aufgestellt werden, um im Feuer der Kritik zu geloben, dem Proletariat Treue zu bewahren und rücksichtslosen Kampf gegen die Feinde des Proletariats zu führen.

19 neue Kämpfer für den Kommunismus gewonnen

Die Durchführung der Beschlüsse des 17. Bezirks-Parteitag

Die Zelle 1 des Stadtteil Nord führte am Mittwoch, dem 18. Januar eine öffentliche Zellenversammlung durch. Nach einem Referat über die Rolle der KP.D. und die Wichtigkeit der kommunistischen Presse, erklärten 19 Arbeiter, darunter zwei Betriebsarbeiter, eine Frau und eine Anzahl freigewerkschaftlich Organisierter ihrem Beitritt zur Partei Lenin.

Im weiteren Verlauf der Versammlung beschäftigten sich die Genossen mit der Werbung für die „Arbeiter-Zeitung“ und beschloßen, dem Beispiel der Langenbielauer Genossen zu folgen, und Großwerbetage für die „AZ.“ durchzuführen. Als Ziel stellten sich die Genossen: 60 neue Leser für die „Arbeiter-Zeitung“ zu werben.

Ein Bravo den Genossen der Zelle 1.

Welche Zelle ist die nächste, die einen Erfolg ihrer praktischen Arbeit meldet?

Serienspiele am Sonntag, dem 22. Januar

- Bernstadt 1 — Rot-Weiß 1, Bernstadt, 14 Uhr. Schiri 29.
Dynamo 1 — Schwarz-Weiß 1. Schiri 19.
Dynamo 2 — Schwarz-Weiß 2. Schiri 20.
Dels 1 — Ost 1, Dels. 14 Uhr. Schiri 28.
Favorit 1 — Solt 1. Schiri 2.
Gesellschaftsspiele
Fortuna 1 — Fanal-West 1, Rot-Weiß-Platz, 11 Uhr. Schiri 21.
Fortuna 2 — Fanal-West 2, Rot-Weiß-Platz, 9.30 Uhr. Schiri 10.
Fortuna 3 — Favorit 2, Rot-Weiß-Platz, 8 Uhr. Schiri 36.
Schwarz-Gelb 1 — Fichte 1, 14.40 Uhr. Schiri 16.
Schwarz-Gelb 2 — Fichte 2, 9 Uhr. Schiri 40.
Schlesien 1 — Spielvereinigung 1, Rosenthaler Platz, 9.30 Uhr. Schiri 8.

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Walter S u c h a ; Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred F e n d r i c h, Berlin. — Für Anzeigen: Albert C e l l a m, Breslau. — Verlag und Druck: Schlesische Belegschaftsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebinger Straße 50.

SA. marschier t . . . zur roten Front!

Sonnabend, den 21. Januar, um 20 Uhr spricht im Zirkus Busch der ehemalige Gaupropagandaleiter der NSDAP., ehemalige Leiter der SA-Führerschule, ehemalige Reichsschulungsobmann der „Schwarzen Front“, Kamerad Wilhelm Korn Mitglied der Reichsleitung des Kampfbundes gegen den Faschismus.

Gruppenführer Edmund Heines erhält eine Stunde Redezeit, um den SA-Proleten klarzumachen, daß der „Kampf gegen das System“, gegen „6 Millionen hungernde Proleten“ (f. „SA-Mann“ v. 12. November 1932) geführt werden muß. Eintritt 30 Pfennig, reservierte Plätze 50 Pfennig und 1 Mark, Mitglieder des NS. und der revolutionären Massenorganisationen 20 Pfennig. Karten an der Kasse. Kassenöffnung um 18 Uhr. Der Zirkus ist gut geheizt.

Kampfbund gegen den Faschismus, Bezirksverbandsleitung Schlesien. Antifaschisten Breslaus! Heraus zum wuchtigen Massenaufmarsch Abmarsch um 18 Uhr. West: Striegauer Platz. Ost: Brockauer Platz. Nord: Weissenburger Platz. Süd: Friedrichsplatz.

Entlassungen und Ueberstunden bei Meyer Kauffmann

Gewerkschaftsbürokratie vereinbart Weiterbezahlung gekürzter Hungerlöhne — Reformistischer Betriebsrat unterstügt willkürliche Entlassungen — Textilproleten, sichern Wahl roter Betriebsräte!

Wittgeiersdorf. Nachdem die Textilkarone die Einstellungsprämie von 100 Mark für das erste Vierteljahr eingestrichelt haben, werden jetzt bei Meyer Kauffmann schon seit Weihnachten jede Woche Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen. Durch die Aufhebung der Notverordnung müßte die Firma wieder die alten Löhne zahlen. Nach Verhandlungen zwischen den Textilgewerkschaften und Gewerkschaften vor dem Schlichter, werden jedoch die abgebauten Löhne weitergezahlt. Man will jetzt den Betrieb in Wittgeiersdorf rationalisieren. Eine Antireformist zeigt ein, wie man sie bis jetzt noch nicht gekannt hat. Er in der Mustererei, wo die Kollektionen und Muster fertiggestellt werden. Diese Arbeit muß gelernt sein. Erfahrene Arbeiterinnen werden entlassen und neue dafür eingestellt.

Die neuen erhalten in dieser Abteilung niedrigere Löhne, da sie die Arbeit noch nicht kennen und aus Furcht vor der Entlassung, lassen sie sich willkürlich ausbeuten. Dem Leiter des Betriebs, dem strengen Menzel, hat man jetzt noch die Mustererei übergeben. Alle zehn Minuten geht er zu jedem Arbeiter und zu jeder Arbeiterin nachsehen, was gemacht wird. Von einer Arbeiterin verlangt er, daß sie eine Kollektion von 40 Seiten in einer Viertelstunde herstellt. Eine solche Arbeit dauert mehrere Stunden. Die Arbeiterin sagte ihm, daß man zehn Vaterunser in einer Viertelstunde runterlesen kann, aber nicht diese Arbeit. Wegen diesem Auspruch wurde die betreffende Arbeiterin entlassen. Menzel vertritt von der Arbeit überhaupt nichts. Ein Musterzeichner wollte vier Seiten nachgeheftet haben, als Menzel das selbst machen wollte, fing er gleich besteuert an. Als er nicht mehr weiter konnte, mußte er sich machen lassen.

In der Mustererei wird in Ueberstunden geschuftet. Als die entlassenen Arbeiterin bei dem reformistischen Betriebsratsvorsitzenden Tauß Einspruch erhob, lehnte dieser den Einspruch ab, und erklärte, daß sie entlassen worden sei, weil sie sich mit den Angehörigen mandamental gekannt habe. Eine von den Entlassenen ist schon jahrelang Mitglied des Textilarbeiterverbandes und hat immer ihre 80 Pfennige Beitrag gezahlt, auch sie wurde von Tauß barisch abgewiesen. Diese Arbeiterinnen erkennen jetzt die Rolle des Reformisten Tauß. Eine Arbeiterin ging wegen ihrer Entlassung zum Direktor Wießner. Der erklärt ihr frech, sie hätte mal gestöhnt. Diese Arbeit in war ein halbes Menschenalter in dieser Fabrik, und man kann ihr noch nie etwas derartiges nachsagen. Nachdem die Arbeiterinnen ihre Gesundheit dort gelassen haben, werden sie noch mit Schimpf und Schande davongeführt. Und der Reformist Tauß ist dabei dem Textilgewerkschaften noch behilflich. Die Arbeiterinnen und Arbeiter haben noch nicht die schändliche Rolle des Tauß und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie während der Streikbewegung gegen den Vorden-Schraub vergessen.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter der Firma Meyer Kauffmann müssen sich gegen die willkürlichen Entlassungen, gegen die Ueberstunden und Hungerlöhne gemeinsam zur Wehr setzen. Bereitet mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition den Kampf um die Zurückeroberung des geraubten Lohnes, um den 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich und damit um die Wiedereinstellung der entlassenen Kolleginnen und Kollegen vor. Sorgt dafür, daß die reformistischen Betriebsräte, allen voran Tauß, sofort abtreten und revolutionären Kollegen Platz machen. Nur mit lauter roten Betriebsräten an der Spitze der Belegschaft, durch die Entfaltung der höchsten Aktivität aller Kolleginnen und Kollegen, wird es möglich sein, den Textilgewerkschaften erfolgreich Einhalt zu gebieten.

Hausangestellte erhält 10 Mr. im Monat!

Waldenburg. In Waldenburg in der Nähe des „Vierhäuser“ wohnt ein Oberassistent, der ein Dienstmädchen beschäftigt. Trotz ihrem hohen Gehalt verweigert er diesem Dienstmädchen vor ihrem Auszug das Abendbrot. Beim Mittagessen erhält der Assistent das er und das Mädchen das Wasser. Die Schlafgelegenheit ist so schlecht, daß es das Mädchen ablehnen mußte, hier zu schlafen. Der Lohn betrug für den ganzen Monat 10 Mark.

So sehen die Arbeitsverhältnisse für die Dienstmädchen aus! Hausangestellte, auch ihr seid Menschen und nicht nur dazu da, den verschäfften den Treck auszuräumen. Verlangt für eure Arbeit auch menschenwürdige Bezahlung und menschliche Behandlung. Können das Herrschaften nicht, dann sollen sie selbst einmal ihre Hände rühren. Die Arbeitermädchen aber sollen mit dem kommunikativen Jugendverband kämpfen, damit sie in einer Arbeiter- und Bauernrepublik freie Menschen werden.

Erwerbslose befehlen das Gemeindehaus

Schwarzwaldbau. Da die Forderungen der Erwerbslosen an die Gemeinde wiederholt abgelehnt wurden, hielten die Erwerbslosen in der Erwerbslosenversammlung am 17. Januar erneut Forderungen auf, und zwar für jeden Hauptunterstützungsbefehligen 10 Mark, für jedes weitere Familienmitglied 5 Mark sowie für alle jene, die überhaupt keine Unterstützung erhalten, 10 Mark. Am Schluß der Versammlung wurden die Forderungen dem Gemeindevorsteher unterbreitet. Die von den Erwerbslosen gewählte Delegation forderte den Gemeindevorsteher auf, mit ihr nach Piesnitz zu fahren, um bei dem Regierungspräsidenten verständig zu werden. Der Gemeindevorsteher hatte dafür kein Verständnis und erklärte, daß er erst nachmittags um 3 Uhr zu sprechen sei.

Neuer Unterstützungsraub in Pilsnitz

Die Invalidenmarken sollen von den Erwerbslosen selbst bezahlt werden — Die „Hilfe“ des neuen SPD-Landrats für die Erwerbslosen

Pilsnitz. Dem Wohlfahrtsrat wurde die Unterstützung erneut abgezwungen. Diesmal geschah das nicht auf dem gewöhnlichen Weg. Die Erwerbslosen wurden verpflichtet, ihre Invalidenmarken, die bisher von der Gemeinde bezahlt wurden, selbst zu bezahlen. Das wird bei diesen Erwerbslosen zum Verlust der Anwartschaft und damit zu einer ungeheuren Schädigung führen, weil sie einfach das Geld nicht aufbringen können.

Trotz die Gemeindevorsteherungen nur noch abgelehnt werden, um Verhandlungen zur Kenntnis zu nehmen, bewies die letzte Gemeindevorsteherung. Trotz des einstimmigen Protestes der vorletzten Gemeindevorsteherung wurden auf dem Verordnungswege gleich zwei Handarbeitslehrerinnen auf die Straße gesetzt. Des weiteren stand auf der Tagesordnung die Wahl eines Schiedsmannes. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich so recht die Verbundenheit von der SPD bis zu den Nazis, stimmten sie doch alle in halber Eintracht für die Wiederwahl des SPD-Schlaupitz, trotzdem sie alle wußten, daß Herr Schlaupitz vor gar nicht langer Zeit seinen Posten als Vorstandsmitglied im Wohlfahrtsrat aufgeben mußte, weil er mit den Kassengeldern nicht recht einig wurde. Die diesbezüglichen Anschuldigungen sind bis heute vom Herrn Schlaupitz noch nicht widerlegt worden. Aus diesem Grunde schlug die SPD den Genossen Klose vor. Recht eigenartig mutete der Antrag des Gemeindevorsteher Ledeb. a. D. an. Er beantragte eine Beihilfe für Arbeiter,

Punkt 3 Uhr besetzten 50 bis 60 Erwerbslose das Gemeindegemeinschaftshaus und empfingen den Vorsteher, der sich auch gleich die Polizei mitbrachte.

Die gewählte Delegation verhandelte nun mit dem Vorsteher. Da die Verhandlungen kein positives Ergebnis brachten, wuchs die Empörung unter den Erwerbslosen ungeheuer, und sie gefassten, nicht früher zu ruhen, als bis ihre Forderungen erfüllt sind. Die Erwerbslosen zogen unter „Mieder!“-Rufen gegen die Schleicher-Diktatur durch den Ort.

Erwerbslose! Ihr habt nun erkannt, daß auf parlamentarischen Wege nichts zu erreichen ist. Schließt euch daher noch fester zusammen! Wartet an euren Forderungen fest! Unterstützt den von euch gewählten Erwerbslosenausschuß durch Aktionen, folgt den Rothenbacher Erwerbslosen, dann wird auch euer Kampf nicht umsonst sein!

Schömberger Erwerbslose schmieden die Einheitsfront

Schömberg, Nr. Landeshut. Am 13. Januar fand eine durch den Erwerbslosenausschuß einberufene Erwerbslosenversammlung statt, die einen sehr guten Besuch aufwies. Der Referent, Mitglied des Kreiserverwerbslosenausschusses, wies auf die Notwendigkeit des Zusammenstehens aller Erwerbslosen zum gemeinsamen Kampf gegen weitere Verelendung, Ausbeutung und Hunger hin. Ferner zeigte er die Gefahren des Wehrsports auf, der von Hitler bis zum Reichsbanner getrieben wird und der dazu dient, die beteiligte Jugend auf den kommenden Krieg gegen Sowjetrußland vorzubereiten. Dies zu verhindern ist die Pflicht eines jeden revolutionären Arbeiters und besonders der Jugend. Auch der kommunistischen Bewegung fernstehende Erwerbslose erklärten sich mit den aufgestellten Kampfbedingungen einverstanden.

Punkt 2 befaßte sich mit den örtlichen Tagesfragen. Erneut wurde verbilligtes Brot, verbilligte Milch, Sonderunterstützung und volle Bezahlung der Pflichtarbeit gefordert. Eine rege Diskussion setzte ein, und die Versammlung zeigte eine gute Kampfstimmung. Diesmal versuchte der Führer der Reichsbanner-Schußsportabteilung Walter Scharfenberg, der unter dem Einfluß des G. Kasper steht, den Besuch der Versammlung zu schwächen. Scharfenberg setzte ausgerechnet vor Beginn der Versammlung ein Fußballspiel an, um dadurch die Jüngererwerbslosen von der Versammlung fernzuhalten. So vertritt er als Reichsbannerführer die Forderungen und Rechte der Jüngererwerbslosen! Die von uns erlängte Weihnachtsbeihilfe wird ihm sicher auch gut getan haben.

Wir rufen allen Reichsbannerarbeitern und Jugendlichen zu: Kehrt sofort um, ihr befindet euch auf einem falschen Wege, und kämpft mit uns; dann wird es möglich sein, das kapitalistische Joch, mit seiner Massenverwahrlosung, abzuschütteln, und eine Arbeiter- und Bauern-Republik, den Sozialismus, zu errichten!

Jahreshauptversammlung des Mieter-Schutzverbandes Weißstein

Achtung! Hiermit nochmals allen organisierten Mitgliedern des Mieter-Schutzverbandes der Ortsgruppe Weißstein I zur Kenntnis, daß am Sonntag, dem 22. Januar, vormittags 9 Uhr, die Jahreshauptversammlung im „Deutschen Hause“ stattfindet. Da außer dem Vortrag des Geschäftsführers, dem Jahresbericht, die Neuwahlen des Gesamt-Vorstandes stattfinden, ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich reiflich zu erscheinen.

Gottesberger Erwerbslose ziehen vors Rathaus

Einheitsaktion zur Rettung vor Hunger und Frost

Am Freitag versammelten sich hunderte Erwerbslose im Hotel „Guld-Kauf“ und verlangten einmütig die Auszahlung einer Sonderunterstützung als Winterhilfe. Die Forderungen wurden von den Genossen Grammel, Ulrich und Jochmann unterstützt. Während der Stadtvorordnete Schindler von der SPD, um diese herzutreten, und die Protestaktion, die Demonstration abbrechen wollte, wurde eine Delegation gewählt. Die Nazis weigerten sich, etwas für die Erwerbslosen zu unternehmen. Die Sozialdemokratie machte nur unter dem Tausch der Erwerbslosen mit. Geschloffen zogen nach der Versammlung hunderte Erwerbslose vor das Rathaus, wo die Delegation zum Bürgermeister geschickt wurde, um mit diesem über die Winterhilfe zu verhandeln. Aus Hunderten von Köpfen erschollen auf dem Ring vor dem Rathaus die Hungerrufe und die Forderung nach Winterhilfe. Nach kurzer Zeit wurde eine zweite Delegation gewählt, welche sofortige Antwort über das Ergebnis der Verhandlung forderte, oder aber, daß der Sitzungssaal für die Erwerbslosen freigegeben wird, damit sie dort das Verhandlungsergebnis abwarten können. Notgedrungen mußte der Bürgermeister den Sitzungssaal der Stadtvorordneten freigeben und bald war dieser bis zum letzten Platz mit Erwerbslosen überfüllt. Genosse Jochmann sprach hier zu den Erwerbslosen und wies ihnen nach, daß man Geld in der Staatskasse genug auswärts an die Reichs-, nur für die Hungernden und Frierenden haben und wollen sie nichts geben. Darauf übermittelten die Delegierten das Ergebnis der Verhandlung. Die in der Stadtvorordnetenitzung beschlossene Winterhilfe, soll bald zur Auszahlung kommen und weiter

Der Universitätsdozent in Moskau Dr. Kurt Nixdorf kommt nach Waldenburg

Dr. Nixdorf spricht in folgenden Versammlungen über das Thema: „Probleme des wirtschaftlichen Aufbaues in der UdSSR. an der Schwelle des zweiten Fünfjahr-Planes“

Dienstag, den 24. Januar, in Friedland, „Schleischer Hof“, um 20 Uhr.

Mittwoch, den 25. Januar, in Waldenburg, „Eckstein“, 20 Uhr.

Donnerstag, den 26. Januar, in Wittgeiersdorf, „Weisenmühle“, 20 Uhr.

Freitag, den 27. Januar, in Landeshut, „Rudersaal“, 20 Uhr.

Arbeiter, Beamte, Bauern, Kleingewerbetreibende! Besucht zahlreich diese Versammlungen!

Jahresbericht der USB-Kolonne Landeshut-Ruhbank

Die Arbeiter-Samariter-Kolonne Landeshut-Ruhbank hatte am 15. 1. 1933 ihre Generalversammlung. Es wurden Jahresberichte über Geschäft, Kasse, Technik und Material erstattet. Trotz der Schwere der Zeit konnte noch ein verhältnismäßig guter Abschluß erzielt werden. Durch die stattgefundenen Sammlungen wurde die Kolonne instand gesetzt, ihre Materialien zu erneuern bzw. weitere notwendige Anschaffungen zu machen. Es wurden bei 1127 Unfällen erste Hilfe geleistet, 16 Transporte ausgeführt, ferner 10 Wachen gestellt mit insgesamt 110 Dienststunden. Übungsabende haben 38 stattgefunden. Der Vorstand besteht aus Vertrauten der Mitglieder, was dadurch zum Ausdruck kam, daß der gesamte Vorstand wiedergewählt wurde. Mit dem Appell an die Mitglieder, auch im neuen Jahre wieder tatkräftig mitzuwirken, schloß der erste Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Das 10jährige Bestehen des USB Waldenburg-Altwater

In der am 15. Januar stattgefundenen Jahres-Hauptversammlung der Arbeiter-Samariter-Kolonne Waldenburg-Altwater konnte festgestellt werden, daß dieselbe immer mehr Fortschritte macht. Es wurden im Jahre 1932 425 Wachen gestellt, 362 Transporte ausgeführt und Hilfsleistungen wurden in 2419 Fällen geleistet. Der engere Vorstand wurde wiedergewählt, außer dem Kassierer; dafür ist Genosse Klose gewählt worden. Als Jugendleiter fungiert Genosse Betsche. Es wurde dann noch beschlossen, am 5. und 6. August unser zehnjähriges Bestehen zu feiern.

Für die proletarischen politischen Gefangenen

Weißstein. Der „Mieterschutzverband für Reichseigene und Gemeinbewohnungen, Ortsgruppe Weißstein“, beschloß in der letzten Mitgliederversammlung einstimmig, der „Roten Hilfe“ aus der Vereinstasse 5 Mark zu bewilligen. Arbeiter, Angestellte und Gewerbetreibende, denkt an die Klassenbewußten Arbeiter, die nicht unter die Arme fallen und noch monatlich und jahrelang hinter Gefängnis- und Zuchthausmauern schmachten. Gebt der „Roten Hilfe“.

Bortrag in Gottesberg

„Habt wenig, aber gesunde Kinder! Die Ueberwindung des Sexuallebens! Kampf gegen Paragraph 218!“

Darüber spricht am Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 3 Uhr, im „Schützenhaus“ in Gottesberg Dr. Schiller aus Görlitz. Erscheint alle zu diesem wichtigen Vortrag. Mäßige Eintrittspreise! Für Ehepaare 25 Pfg., Einzelperson 15 Pfg., Mitglieder nur 10 Pfg. Es ladet hierzu ein der Volksbund für Mutterchutz.

Kommunisten am Breslauer Sender?

Die Rote Hilfe brachte, wie wir seinerzeit berichtet haben, am 22. November 1932 durch ihr Spielfolklor ein proletarisches Heimatspiel heraus unter dem Titel „Die Verrätergasse“. Sie spielt es seitdem vor brechenden vollen Häusern in der ganzen Oberlausitz. Sie ist mit dieser historischen Aufklärungsarbeit weit in bürgerliche Kreise eingedrungen. Wie weit, davon hatte sie allerdings selber keine genaue Kenntnis. Aber die vermittelt ihr nun der Breslauer Sender. Er und der Leipziger Sender finden eine gemeinsame Hörfolge über die Oberlausitz an, die am Freitag, dem 20. d. M., stattfindet, und in der sich folgender interessanter Programmpunkt vorfindet: „Vom Untermarkt begeben wir uns in die Verrätergasse, deren Geschichte, der Görlitzer Tuchmacheraufstand von 1527 im Zusammenhang mit der Sage vom Wöndchstum in einem kleinen Hörspiel dargestellt wird.“

Nun seht sich einer diese modernen Leute an. All die vielen Jahre hindurch hat sie die „Verrätergasse“ nicht im mindesten interessiert. Aber kaum sehen sie, daß die Rote Hilfe hier erfolgreiche Aufklärungsarbeit treibt, indem sie den Stoff dramatisch behandelt, da setzen sie sich hin und fangen auch zu dramatisieren an.

Was werden sie nun aus der Verrätergasse machen? Proletarische Hörer, paßt mal ein bißchen auf! Das Schicksal der Görlitzer Handwerker in der „Verrätergasse“ stellt sich in Wahrheit dar als der im Blut erkistete Versuch, den Bauernkrieg nach dem Osten vorzutragen. Wir sind gespannt, wie die Herren vom Breslauer Sender die Sache auffassen werden. Vielleicht begnügen sie sich damit, der proletarischen Bühne einen „einschlüssigen Stoff“ gemauert zu haben. Vielleicht auch verdrehen sie nach bewährten Methoden die Historie, und die Görlitzer Handwerker werden unter ihrer fleißigen Regie zu Nationalsozialisten, so wie sie Thomas Münzer und den ganzen Bauernkrieg schon mal umgelogen haben. Also das werden wir ja hören.

Kampfeinheit aller Arbeiter gegen die faschistische Schleicher-Diktatur

Hitlerpartei und Sozialdemokratie sind die Trabanten des Schleicher-Regimes

Rund sechs Wochen besteht die Schleicher-Regierung. Von Woche zu Woche führt die faschistische Diktatur des Generals, die sich mit „sozialem“ Phrasennebel zu tarnen versucht, immer schärfere, rücksichtslosere Schläge gegen die Arbeitermassen.

Neue Lohnkürzungen

„Keine weitere Senkung der Arbeitseinkommen“ erklärte der Kanzler der faschistischen Diktatur in seiner Rundfunkrede vom 15. Dezember. Papens Notverordnung, die angesichts der Streikwelle nicht mehr zu halten war, wurde durch Schleichers Verabredungen mit den Unternehmern und der Gewerkschaftsbürokratie und Direktiven an die Schlichter. In allen Ecken und Enden des Reiches sind jetzt Lohnkürzungsaktionen im Gange. Eben haben die Unternehmer im Steierland 8000 Arbeiter ausgesperrt, um 10 bis 12 Prozent des Lohnes abzubauen. Täglich kommen Meldungen über Lohnabbau-Diktate der Unternehmer, und vorbereitet werden noch umfassendere Lohnsenkungen.

Weiterer Sozialabbau

„Mein Programm besteht aus einem einzigen Punkt: Arbeit schaffen“, erklärte großspurig am 15. Dezember im Rundfunk der Kanzlergeneral der faschistischen Diktatur. Und die Tatsache? Schleichers „Kommissar“ Gerete steht in seinem Programm eine „Arbeitsbeschaffung“ für höchstens einige hunderttausend Personen (bei 5,7 Millionen registrierten und 8 Millionen nicht registrierten, also insgesamt 9 Millionen Erwerbslosen) vor, und das bedeutet, wenn es nicht überhaupt aufs Papier bleibt, mit dem faschistischen Arbeitsdienst zusammen die Schöpfung einer Lohndrückerarmee und die faschistische und nationalistische Bearbeitung der Arbeiterjugend für die Zwecke des Imperialismus. „Arbeit schaffen“, sagte Schleicher am 15. Dezember, und im gleichen Monat ist die amtliche Erwerbslosenzahl um 420 000 gestiegen!

„Ich werde alle meine Kräfte einsetzen, um die Not im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen zu mildern“, versprach der Kanzlergeneral im Rundfunk. Die Papensche Sozialabbau-Verordnung vom 15. Juli mit ihrer Unterstützungskürzung von 15, 20, 30 und mehr Prozent, hat er jedoch nicht aufgehoben, trotz des Beschlusses im Reichstagsausschuss. Auch die Beschlüsse über Winterhilfe für die Erwerbslosen hat er nicht zurückgezogen und eine leere „Arbeitsbeschaffung“, ein Lohn auf die Not, soll Brot, Kohle und Kartoffeln ersetzen. Schleichers Arbeitsminister, Dr. Syrup, hat sogar weitere Verschlechterungen der Erwerbslosenfürsorge, der Invaliden- und Knappschaftsversicherung angeordnet.

Geschenke für Industrielle und Junker

Aber für die Kapitalisten hat die Schleicher-Regierung Geld genug. Die Papenschen Geschenke in Form der Steuerergüsse sind eine Menge. Dem Mansfeld-Konzern hat sie ein Geschenk von zehn Millionen Mark gemacht. Für die Großagrarier hat die Schleicher-Regierung ungeachtet dessen, daß sie bei den Differenzen zwischen Junkern und Großindustriellen mehr für die Interessen der letzteren ist, ebenfalls einen vollen Beutel. Verordnet hat sie die Beimischung zur Margarine, was auf eine Verteuerung der Margarine hinausläuft. Die Einfuhr von Schmalz wurde eingeschränkt und eine Erhöhung der Schmalzölle um das Vier- bis Fünffache bereits vorgeesehen. Jetzt ist eine neue Verordnung über Restitutionszuschüsse, wieder ein Geschenk für die Großagrarier, erlassen worden.

Imperialistische Außenpolitik

In einem allerdings hat der General Schleicher gehalten, was er angekündigt und noch weit mehr getan: in der imperialistischen Außenpolitik. Im Reichswehrministerium sind bereits die Entwürfe für die Militär des deutschen Imperialismus ausgearbeitet. Militärsatelliten werden in die Hauptstädte des Auslandes entsandt. Von der Schleicher-Diktatur wird internatistisch eine möglichst „sozial“ getarnte imperialistische Beeinflussung der Massen durchgeführt und organisiert, die Kwader durch den Arbeitsdienst und das „Reichsministerium für Erziehung“ gebrückt. Überall „Gasschuh“-Übungen, Gasteller, Schützengraben-Ausstellungen.

Verfolgungsfeldzug gegen die Arbeiterklasse

Immer schärfer werden die Verfolgungsmaßnahmen der Schleicher-Diktatur gegen das Proletariat. Trotz Immunität wurde Genosse Scheer, Phaschordner des Reichstags und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, verhaftet. Trotz Immunität wurde der thüringische Landtagsabgeordnete Genosse Kiesel in Haft genommen. In München wurden 50 Mieterversammlungen verboten. Die Justiz annulliert auf ihre Weise die Teilamnestie, die das Proletariat ertrug hat, indem sie mit einem neuen Feldzug einleitet: 50 Jahre Zuchthaus hat eben der Oberreichsanwalt gegen neun Arbeiter beantragt. Die Kommissardiktatur in Preußen geht schärfer weiter. Vor einigen Tagen hat Schleicher drakonische Maßnahmen gegen „Pressebehe und Unruhestifter“, Ausnahmeverordnungen gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung, gegen die SPD angekündigt. Das ist die Bilanz von sechs Wochen faschistischer Schleicher-Diktatur. Hinter dem Schleicher-Regime steht das deutsche Kapital. Schon von aller Anfang an stand die Schleicher-Regierung auf dem „sozialen Boden“ (vom 30. November 1932) ein, daß „eine Reihe von Wirtschaftlern aus der Schwerindustrie, Großschiffahrt usw., auf eine Kandidatur Schleicher hinarbeiten“. Es ist nicht uninteressant, daß es sich hierbei vornehmlich um Vertreter des Bergbaus und der Eisen schaffenden Industrie handelt.“ Hinter der Schleicher-Regierung stehen in der Tat entscheidende Teile des Großkapitals, der Otto-Wolff-Konzern, der Schenck-Konzern und rheinische Schwerindustrielle, Großbankiers und ein Teil der Junker dazu.

Anschrieb die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ (vom

5. Dezember 1932), daß die Schleicher-Regierung „die großen Erzeugnisse der Vera Papen, Wirtschaftsbelebung (d. h. Unternehmerrückgang) und preußische Gegenrevolution festhält“, machte sich über das „Märchen vom sozialen General“ lustig und erklärte, daß der „Kaden zu Hitler wieder fester geknüpft werde“. Schleicher knüpft unentwegt auf Wegen und Umwegen diesen Kaden und andere Fäden zu Hitler, Hugenberg, Papen, den

Hohemollern, Straßer, Stegerwald, Leipart, um durch eine faschistische Konzentration die Differenzen im bürgerlichen Lager zu überbrücken und alle faschistischen Gruppen einzuordnen, um desto schärfer die faschistische Diktatur, immer möglichst „sozial“ getarnt, gegen die Arbeiterklasse zu entfalten, um die Arbeitermassen einzuschüffeln, für den Imperialismus zu tödelt und im Interesse des Kapitals niederzuhalten.

NSDAP. — Terrororgan des Kapitals, Stütze Schleichers

Schon vor Jahr und Tag bot sich die Hitlerpartei dem General von Schleicher an. Im Juli 1932 schloß die NSDAP. bekanntlich mit Schleicher ein „Gentleman-Abkommen“. Auf Veranlassung Schleichers wurde seinerzeit das Verbot und Uniformverbot der SA. aufgehoben. Am 30. November 1932, wenige Tage vor der Bildung der Schleicher-Regierung, hieß es teilnahmsvoll im „Angriff“ Goebbels:

„Dieselben Quertreiber aus dem Hugenberg-Papen-Lager ... machen nun auch dem General Schleicher das Leben schwer.“ Seit damals hat die Hitlerpartei die Schleicher-Regierung unentwegt toleriert, mit scheinoppositiven Illusionen Phrasen das Schleicher-Regime unentwegt unterstützt:

Im Reichstag, der am 6., 7. und 8. Dezember 1932 tagte, verhinderte die Hitlerpartei im Bunde mit SPD und Zentrum die erforderliche Abstimmung über den SPD-Mittrauensantrag gegen die Schleicher-Regierung! Die Hitlerpartei verhinderte weiter die Abstimmung über die SPD-Anträge auf Aufhebung der Papenschen Sozialabbau-Verordnung und lehnte die sofortige Beratung der Winterhilfsanträge für die Erwerbslosen ab! Die Hitlerpartei stimmte schließlich auf Befehl des Finanzkapitals für die Vertagung des Reichstages, um ein Mittrauensvotum gegen Schleicher zu verhindern!

Die Nazi-Länderregierungen in Mecklenburg, Anhalt, Oldenburg, Thüringen und Braunschweig, treiben eine erreaktionäre Politik und führen das Schleicher-Regime. In Oldenburg wurde im Auftrage des Nazi-Ministerpräsidenten Röder am 9. Dezember im Landtag eine Erklärung abgegeben, in der offen gesagt wird: „Die oldenburgische Landespolitik muß sich unter allen Umständen im Rahmen der Reichsorgane bewegen.“ Das ist eine unumwundene Erklärung für die genaueste und eifrigste Durchführung des Schleicher-Kurses. Die Nazi-Regierungen haben die Schlaststeuer und Wohnungssteuer (Oldenburg) eingeführt und betreiben die Margarinesteuer.

In den Sitzungen des Reichstages vor Weihnachten haben die Nazis immer wieder verhindert, daß der Reichstag zusammentritt, weil sie vermeiden wollen, daß die Papensche Sozialabbauverordnung aufgehoben und das Mittrauensvotum gegen

Schleicher angenommen wird. Im Auswärtigen Ausschuss hat die Nazi-Partei den SPD-Antrag auf Einstellung aller Young Loanungen und auf Annulierung des Versailles-Vertrages zur Ablehnung gebracht!

Schleicher und die Hitlerpartei sind sich einig in der Tätigkeit für das kapitalistische System. Es bestehen Differenzen zwischen ihnen wie zwischen allen kapitalistischen Gruppen. Schleicher will die Hitlerpartei zur Regierung heranziehen und einordnen. Hitler will mit Schleicher regieren, aber selbst den Kanzlerposten haben. Im Interesse des Kapitals und um des Volkes willen, kühnhandelt Hitler halb mit Schleicher „gegen Papen und Hugenberg“, bald wieder mit Papen (wie z. B. jetzt in Köln in der Bankiersvilla) und Hugenberg. Um die Kosten und die besseren Methoden zum Betrug der Massen geht auch der Kampf zwischen Hitler und Straßer.

Jetzt, am 20. Januar, ist Reichstestrat und für den 24. ist der Reichstag vorgelesen. Die Hitlerpartei ist nun in der Klemme. Stimmt sie gegen das Mittrauensvotum gegen Schleicher (die SPD hat es beantragt) oder für weitere Vertagung des Reichstages, dann entlarvt sich die NSDAP. wieder offen als Stütze Schleichers. Stimmt die NSDAP. für ein Mittrauensvotum, dann wird der Reichstag aufgelöst, es gibt Neuwahlen und die Hitler und Co. (die wissen, daß Lippe nicht das Reich ist) zittern vor den höheren neuen Niederlagen.

Die Hitlerpartei ist auch angesichts der hohen Bonzengehälter schon wieder in Finanzklemme. Göring war jetzt in Schweden (!), beim Bankier Wollenberg, und die „Naziische Staatszeitung“ (vom 14. Januar) weiß zu melden:

„Von dem westdeutschen Großindustriellen Springorum, mit dem auch der ehemalige Reichskanzler von Papen nach dem ominösen Kölner Gespräch eine vielbeachtete Besprechung hatte, wurden der NSDAP. vier Millionen und von einer anderen Stelle unter Vermittlung des Reichskanzlers von Schleicher sechs Millionen zur Verfügung gestellt.“

Die Schwerindustrie kommandiert und Hitler pariert. Und im Interesse der Kapitalisten, sowie zur Ablenkung der betrogenen, unzufriedenen Mitglieder und Anhänger, geht jetzt die Hitlerpartei die SA-Leute zum Terror und zu Überfällen auf Arbeiter.

Leipart und Wels durch dick und dünn mit Schleicher

Die Sozialdemokratie hat der Schleicher-Regierung mittels der berüchtigten Politik des „kleineren Übels“ gegenüber Papen den Weg bereitet und unterstützt das faschistische Regime.

In schamlosester Weise tritt die UGB-Führung für die Schleicher-Diktatur ein. Am 3. Dezember 1932 gab der UGB-Vorsitzende Leipart dem Vertreter des Berliner Blattes „Excellior“ eine Unterredung, die u. a. so verlief:

Frage des Interviewers: „Wie wird die Haltung des UGB. gegenüber dem Reichskanzler sein?“

Leipart: „Was seine politische Vergangenheit anbetrifft, so haben wir dem Reichskanzler nichts vorzuwerfen. Die soziale Frage steht im Vordergrund seiner Belangen.“

Bemerkung des Interviewers: „Ich fühle bei dem Feuer, mit dem Leipart spricht, daß dieser die heißen Verbindungen zu Schleicher hat, und daß er sogar eine große Bewunderung für ihn empfindet.“

Interviewer: „Um zusammenzufassen, wenn ich gut verstanden habe, wäre der UGB. geneigt, sich der Militärkontrolle zu unterwerfen gegen einfache Versicherungen.“

Leipart: „Ich versichere Sie, daß der General von Schleicher nicht der Mensch ist, den Sie sich vorstellen. Ja, ich weiß, er hat Reden gehalten, die die französische Stimmung beunruhigt haben, aber als er die Gleichberechtigung verlangte, drückte er nur aus, was alle Deutschen denken.“

Als diese Ausführungen Leiparts veröffentlicht wurden, schwiegen UGB. und SPD-Führung zwei volle Wochen lang und gaben damit die Möglichkeit zu. Als die wachsende Empörung der Gewerkschaftskollegen ein Schweigen nicht mehr zuließ, veröffentlichte Leipart ein verlogenes „Dementi“, in dem er jedoch alles wesentliche in abgeschwächter Form geben mußte.

Ebenso veröffentlichte Leipart zur Jahreswende einen „Neujahrsgruß“ („Vorwärts“ vom 1. Januar 1933), in dem er erklärte:

„Heute versucht die Regierung von Schleicher einen Teil unserer Forderungen zu erfüllen. Den Sozialismus wird diese Regierung nicht verwirklichen. Sie will im Gegenteil, ebenso wie die Regierung von Papen, die kapitalistische Wirtschaft befestigen. Aber können wir in dieser Situation die Aufforderung der Regierung ablehnen, an der Durchführung der Arbeitsbeschaffung mitzuarbeiten?“

Leipart gibt zu, daß Schleicher wie Papen das kapitalistische System festhalten will und arbeitet doch mit Schleicher zusammen unter dem Deckmantel der „Arbeitsbeschaffung“, dieses Wanders

zur Täuschung der Arbeiter. Die Leipart und Co. demaskieren sich so wieder als das, was sie nach ihrem eigenen Eingeständnis sind: Verste, Heilgehilfen des bankrotten Kapitalismus. Querverbindungen führen von dem UGB.-Vorstand zu Schleicher und Nazi-Straßer und die Leipart und Co., die deutschen d'Aragnas, betreiben die Eingliederung der Gewerkschaften in den faschistischen Staatsapparat.

Ebenso, lediglich etwas mehr scheinoppositiv verumummt, unterstützt die SPD-Führung die Schleicher-Diktatur. Am 3. Dezember erklärte Breitheid im „Vorwärts“:

„(Schleicher) rechnet mehr mit den Realitäten des Diesseits. Das kann ihn sogar veranlassen, gewisse Forderungen der Arbeiterschaft ein geneigtes Ohr zu leihen.“

Die ganze Praxis der Leipart, Wels und Hölttermann ist eine aus Furcht vor der Arbeiterklasse mehr oder weniger oppositionell verhängte Unterstützung der Schleicher-Diktatur. Die UGB.-Führer laborieren Streiks und organisieren vielfach direkt den Streikbruch. Wo sie eine „Unterstützung“ einzelner Streiks mimen, tun sie das nur, um eine Ausdehnung der Streikbewegung zu verhindern. Die SPD-Bürgermeister und Stadträte lehnen die Erwerbslosenforderungen rücksichtslos ab. Die SPD-Polizeipräzidenten gewähren den Naziaufmärschen Schutz und verbieten z. B. in Dortmund und Stettin, die Bezirksparteitage der SPD.

Zwischen dem SPD-Vorstand und der UGB. und Reichsbannerführung bestehen Differenzen. Die Wels, Leipart, Hölttermann unterstützen alle die Schleicher-Diktatur, aber die SPD-Führer müssen das angesichts der stärkeren Rebellion in der SPD-Mitgliedschaft mehr maskieren und hoffen ferner, durch Scheinopposition die Kosten im kapitalistischen Staate, die ihnen trotz aller Laaliendienste genommen werden, zu retten.

Wie das deutsche Kapital und die Schleicher-Regierung, so orientieren sich die Wels, Leipart, Hölttermann immer mehr auf den imperialistischen „Ausweg“, auf die imperialistische Rüstungspolitik. Die Sozialdemokratie tritt für den faschistischen Arbeitsdienst ein. Leipart schlägt in seinen Reden immer kräftigere chauvinistische Töne an. SPD-Sollmann trat vor einigen Tagen in einer „programmatischen Rede“ in Köln für „Bejahung des Waffendienstes“ für die imperialistische Militär Schleichers ein!

Im Interesse des kapitalistischen Systems bekräftigt sich die Sozialdemokratie, die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie auf der ganzen Linie als eifriger Agent der faschistischen Schleicher-Diktatur. Deshalb geht die SPD-Führung auch mit allen Mitteln gegen die proletarische Einheitsfront.

Die proletarische Einheitsfront des Kampfes gegen das Schleicher-Regime ist das Gebot der Situation. Nur die SPD. formiert die Arbeiterbataillone in proletarischer Einheitsfront gegen Hunger, Faschismus, Versailles und Imperialismus. Arbeiter, folgt dem Kampfruf des Genossen Ernst Thälmann (Rede vom 4. Dezember): „Mit der Konstituierung des Schleicher-Kabinetts treten wir in ein neues verschärftes Stadium der faschistischen Diktatur ein... Die Bourgeoisie will die... Angriffe des Proletariats mit stärkerer Betonung der sozialen Phrase bei der Durchführung der faschistischen Diktaturpolitik... verhindern... Wir rufen das gesamte deutsche Proletariat und alle Werkstätten zum Millionenangriff auf. Vorwärts für die Freiheit, für die Arbeiter- und Bauernrepublik, für den Sozialismus.“

Einheitsfront aller Arbeiter für den Sturz der faschistischen Schleicher-Diktatur, für die soziale und nationale Befreiung!

RUND UM DEN ERDBALL

Hormone im Asphalt

Die Hormone, die in Kohle, Asphalt und Petroleum vorhanden sind

Die Entdeckung der Hormone, jener Drüsenauscheidungen, die direkt in das Blut abgegeben werden, hat die wichtigsten Lebensvorgänge überhaupt erst erklärt. Nachdem zunächst erst nur beim Menschen und den Warmblütern derartige Stoffe festgestellt wurden, ist es in der letzten Zeit gelungen, auch bei niederen Tieren, ja bei einzelligen Lebewesen und bei den Pflanzen „Hormone“ nachzuweisen. Alles organische Leben in der Natur ist eben nur denkbar, wenn die von den Pflanzen gebildeten Reizstoffe im richtigen Verhältnis zueinander abgeleitet werden und ihre Arbeit verrichten. Ausschlaggebend dabei ist offenbar die Tatsache, daß der Drang nach Fortpflanzung an einen einzigen Stoff, das „Brunsthormon“, gebunden ist und daß dieser Stoff bei Mensch, Tier und Pflanze genau der gleiche ist. Er ist also nicht abhängig, wie fast alle übrigen Lebensäußerungen, von Gattung und Art. Er ist nicht bedingt durch Lebensgewohnheiten oder äußere Einwirkungen. Er ist unveränderlich, er ist bei nur unter vielstündlicher Vergrößerung sichtbaren einzelligen Lebewesen, er ist beim Baum, beim Meeresschwamm, beim Frosch und beim Haiisch der gleiche wie beim Menschen.

Nach Untersuchungen, die von Nöbel und seinen Mitarbeitern veröffentlicht wurden, hat dieses Brunsthormon aber auch noch eine andere Eigenschaft, die es über andere organische Stoffe weit heraushebt: es ist unzerstörbar. Offenbar ist dieses Hormon schon solange in der belebten Welt vorhanden, als es diese überhaupt gibt. Es ist direkt zum Leben notwendig. In Pflanzen und Tieren, in einzelligen und hochorganisierten Lebewesen war es schon vor vielen Jahrmillionen vorhanden. Das Brunsthormon war der eigentliche Antrieb zur Fortpflanzung und zur Weiterentwicklung der Arten. Hätte Darwin von seiner Existenz gewußt, er hätte ein neues Glied in der Kette seiner Beweisführung für die Entstehung der Arten, für die Entwicklung des Menschen gehabt.

Nun könnte man ja sagen, es sei eine unbewiesene Behauptung, daß das Brunsthormon schon vor Millionen Jahren in den Lebewesen vorhanden gewesen ist. Doch es gibt dafür einen vollständigen Beweis: in den aus Pflanzen- und Tierleibern entstandenen Verwitterungsprodukten findet sich das Brunsthormon in großen Mengen. Braunkohle, Steinkohle, Torf, Asphalt, Petroleum, Teer sind derartige Zerfallsprodukte der organischen Welt. Gräser, Moose, Schachtelhalme, Pflanzen und Tiere von minigen und riesenhaften Ausmaßen, die wir uns in unserer Phantasie kaum noch vorstellen können, waren das Ausgangsmaterial. Sie starben nach Beendigung ihres Lebens ab, verwitterten und verfaulten. Gewaltige Revolutionen des Erdinnern schwammen sie von der Oberfläche in die tieferen Schichten, wo Wasser, Säuren und Hitze das weitere Verwitterungsstück übernahmen. Schließlich blieben die der Menschheit in der Gegenwart unentbehrlich gewordenen Materialien zurück, die heute zur Erzeugung von Wärme, zur Erzeugung von Kraft benutzt werden.

In all diesen Stoffen fand sich das Brunsthormon in größeren oder kleineren Mengen. Am stärksten war der Kohleasphalt damit durchsetzt. In einem einzigen Kilogramm fanden sich 10 000 Mäuseeinheiten! Die Berechnung geschieht auf folgendem Wege: In einer weiblichen Maus werden die Eierstöcke entfernt, die Gebärmutter verkrüppelt nach kurzer Zeit. Braucht doch ihre Schleimhaut, ihre Muskulatur das Brunsthormon zur Weiterentwicklung. Nur durch künstliche Zufuhr von Sexualhormon gelingt es, diese Ausfallerscheinungen wieder auszugleichen; die Gebärmutter erreicht wieder ihre normale Größe und ihr normales Aussehen. Die Menge der Hormone, die hierzu erforderlich ist, bezeichnet man als Mäuseeinheit. 10 000 Mäuse können also durch den Extrakt von 1000 Gramm Asphalt in dieser Weise behandelt werden. Im Petroleum fanden sich 2000 Mäuseeinheiten, im Torf 500, in der Braunkohle 400 Mäuseeinheiten je Kilogramm.

In der Steinkohle schwankte der Gehalt an Brunsthormonen zwischen 600 und 1000 Mäuseeinheiten.

Die Einspritzung der Extraktstoffe, die aus diesen Materialien gewonnen werden, bewirkt bei kastrierten Tieren nicht nur eine Vergrößerung der Gebärmutter und ein Wachstum ihrer Schleimhaut, sondern auch eine übernormale Entwicklung der Brustdrüsen, der Hirnanhangsdrüse und beeinflusst auch die übrigen sexuellen Merkmale der Tiere. Zweifellos wird schon in kurzer Zeit ein Verfahren gefunden sein, um diese in dem billigen Ausgangsmaterial enthaltenen Hormonmengen industriell zu gewinnen.

Die Behandlung vieler Krankheiten, die vorwiegend, wie wir seit kurzem wissen, auf den Ausfall des Sexualhormons beruhen, wird damit auf eine ganz neue Basis gestellt. Hat doch die direkte Gewinnung aus tierischen Eierstöcken bisher die Präparate außerordentlich verteuert. Trotzdem soll man sich natürlich keinen übertriebenen Hoffnungen hingeben. Die chemische Großindustrie hat sich dieses Verfahrens schon bemächtigt und wird es verstehen, wie bisher überall, auch hier ihren Profit zu wahren. Da die Wahrscheinlichkeit besteht, daß in Asphalt, Petroleum, Torf und Kohle auch noch andere Hormone, z. B. der Wachstumstoff, enthalten sind, werden weitere Versuche in dieser Richtung vorgenommen werden. Die Zeit ist nicht mehr fern, wo man in der Apotheke ein Viertelkilo Petroleum oder ein halbes Pfund Asphalt, ein Bechert oder 20 Gramm Teer, natürlich nicht in ihrer ursprünglichen Form, dafür aber mit Apothekerpreisen zu Heilzwecken verkaufen wird.

Dr. med. Wilhelm Siewenty.

„... Wo der gesündeste Platz ist“

Brief eines Architekten, eines früheren deutschen nationalen Wählers, aus der Sowjetunion

Lieber Otto! Deinen Brief vom 8. Oktober habe ich gestern erhalten. Du kannst also sehen, die GPU hat mich noch nicht erschossen. Es wäre auch sehr schade gewesen. Wenn Du die Arbeit, die unsere Brigade (6 Mann) in den letzten vier Monaten geleistet hat, sehen könntest (ich möchte sie allen Baumeistern sämtlicher kapitalistischen Länder zeigen), dann könntest Du Dir einen Begriff machen von dem Umfange unserer Tätigkeit. Wir haben den Generalplan für die sozialistische Stadt Masewka (für 300 000 Einwohner!) fertiggestellt.

Ich möchte Dir gern genau das Projekt erklären, aber ich bin kein Schriftsteller und so will ich nur einige wichtige Punkte der Projektierung beschreiben. Wenn ich Dir nun sage, daß das erste, was wir studiert haben, die Windrose war, so wirst Du im ersten Moment staunen. Aber Du weißt ja, daß wir hier keine Frostwirtschaft haben. Wir bauen dahin, wo der gesündeste Platz ist. Auf einen Hektar kommen 180 Menschen. Vergleiche das bitte mit neuen Siedlungen in Deutschland. Du brauchst keine alte Stadt zu nehmen. Schade, daß ich kein Schriftsteller bin, ich könnte Bomben werfen zwischen Industrie und Stadt eine Grünzone (Park), zwei Kilometer breit. Man kann überhaupt nur sagen: es ist ein Wald und drinnen stehen die Häuser. (Schau Du doch mal zu Deinem Fenster raus!) Das Projekt ist vor acht Tagen vom Stadtkomitee bestätigt und ist augenblicklich zur Beibehaltung in Moskau und anschließend nach Charkow.

Unsere jetzige Arbeit ist die Ausarbeitung von Wohnungsplänen und die Projektierung des Kultur- und Erholungsparks. Eine interessantere Arbeit gibt es nicht. Weißt Du, unsere Brigade ist, nach den Berichten der anderen Deutschen in unserem Trupp, nicht zu verstehen. Wir halten es nämlich in Moskau nicht aus, wir ziehen die Provinz vor. Wir sind Architekten, wir wollen

aber auf der Baustelle sein, weil wir wissen, dort sind wir mitten im Leben, direkt an der Front des Aufbaus — und das ist unsere Aufgabe. Wir machen jede Gesellschaftsarbeit mit, morgen nachmittag z. B. gehen wir zum Subotnik ins Werk und zwar werden wir mitarbeiten am ersten Sowjet-Blumeng.

Aber nun möchte ich gern wissen: Warst Du in Moskau? Sehr schade, daß ich es nicht gewußt habe, Du hättest uns hier besuchen können. Uns haben die letzten Wahlergebnisse sehr gefreut, aber jetzt nicht nachlassen. Jetzt ist die Zeit gekommen, wo ihr noch mehr die Masse bearbeiten müßt. Augenblicklich ist der Boden günstig und alle Kräfte müssen angeleitet werden. Unsere beste Information ist die „Inprekorr“. Urlaub hatte ich noch nicht. War stets so interessante Arbeit, daß ich mich nicht trennen konnte; ich denke immer, ich veräume etwas. Du müßt nicht denken, daß ich politisch so ungebildet bin wie in Deutschland. Ich habe mit größtem Eifer die von uns organisierten Politkurse besucht und studiert. Also bei unserem nächsten Zusammentreffen können wir uns noch besser unterhalten. In den nächsten Tagen werde ich heiraten. Ich habe hier ein sehr liebes Mädchen (selbstverständlich Russin) kennengelernt. Hast Du mein Neujahrstelegramm bekommen?

Masewka, 1. Januar 1938.

Reinhold Köppe.

Vor seiner Abreise in die Sowjetunion war der Briefschreiber als Architekt „selbstverständlich“ Wähler der Deutschen nationalen Volkspartei. Nach seinen eigenen Angaben hat er sich um Politik wenig gekümmert. Als er in Deutschland erwerbslos wurde, schlug ihm ein Bekannter vor, nach „Rußland“ zu gehen. Heute ist er nicht nur begeistert von seinen Arbeitsmöglichkeiten im sozialistischen Aufbau, sondern auch politisch gebildet.

Zehn Monate neben der toten Frau geschlafen

Mumifizierte Leiche in der Wohnung eines Naturheilkundigen

Hannover, 19. Januar. In der Wohnung eines die Praxis eines Naturheilkundigen ausübenden Apothekers in der Langen Laube wurde durch die Kriminalpolizei eine grauenhafte Entdeckung gemacht. Die Polizei wurde von einem Einwohner des betreffenden Hauses darauf aufmerksam gemacht, daß die Frau des Apothekers schon seit langer Zeit nicht mehr gesehen worden sei.

Als Mitglied der Nordkommission daraufhin in die Wohnung eindringen, fanden sie den Apotheker mit der in mumifiziertem Zustand befindlichen Leiche seiner Frau im Bett vor. Durch die behördlichen Feststellungen ergab sich, daß die Frau schon vor etwa 10 Monaten gestorben ist. Der Apotheker soll die ganze Zeit über neben der toten Frau geschlafen haben.

Er scheint geistesgestört zu sein. Die näheren Umstände des Vorfalles sind noch nicht aufgeklärt. Die polizeiliche Untersuchung nimmt ihren Fortgang.

Kleinbauer von Gendarm niedergestochen

Klagenfurt, 19. Januar. In Mitterteufen (Unter-Tauern) sollte gestern vormittag bei dem Landwirtschaftspächter Urbas eine Exekution durchgeführt werden. Urbas widersetzte sich der Amtshandlung, so daß der assistierende Gendarm von der Waffe Gebrauch machte. Urbas wurde durch das Bajonett des Gendarmen tödlich verletzt.

Gegen das Urteil gegen den falschen Heimlehrer, den Schneider Ignaz Hummel, hat sowohl die Verteidigung wie auch die Staatsanwaltschaft Revision beim Reichsgericht angemeldet.

In einer Baradenfiedlung an der äußersten Peripherie von Budapest hat die Frau des Tagelöhners Michael Balint in Verzweiflung über ihre große Not ihre drei kleinen Kinder und sich selbst getötet.

In einem Militärlager bei Madrid wurden vier Mann des Aufschlagspersonals bei einem Motor tot aufgefunden. Sie waren ausströmenden Gasen zum Opfer gefallen.

Das japanische Oberkommando teilt mit, daß eine japanische Kavalleriepatrouille am Mittwoch an der koreanischen Grenze eine Gruppe erkrankter chinesischer Soldaten aufgefunden habe. Es handelt sich um 249 Mann, darunter auch Offiziere, die aus Mangel an Lebensmitteln bei der großen Kälte den Tod gefunden haben.

Im euten Blitzlicht

Millionen brotlose Bauern

Im polnischen Sejm teilte ein Bauernabgeordneter mit, daß es in Polen allein in der Landwirtschaft mehr als 5 Millionen Arbeitslose gibt, die förmlich verhungern. Außerdem gibt es noch Millionen Kleinbauern, die nicht viel besser gestellt sind als die Arbeitslosen. Wenn es weiter so geht — sagte er wörtlich —, dann wird Polen ein großes Massengrab darstellen.

So lebt der Bauer in Polen. Und dieses Polen soll ein Bollwerk der europäischen Zivilisation gegen die „bolshewistische Barbarei“ sein! ...

5000 Kühe vor dem Parlament

Daß in dem Parlament Oshen sind, ist eine altbekannte Tatsache, gewissermaßen eine Selbstverständlichkeit. Nun erlebt man es, daß vor einem Parlament 5000 Kühe aufmarschieren.

Vor dem Wiener Parlament nämlich. Die Wirtschaftskrise in Oesterreich ist so groß, daß nunmehr auch die früheren treuesten Stützen des herrschenden Systems, die Bauern und Viehzüchter, sich gegen die Regierung auflehnen. Als Protest gegen den ungeheuren Steuerdruck lassen die Viehzüchter von Wien und Umgebung 5000 Kühe vor dem Parlament aufmarschieren.

Mit Tränengas gegen Frierende

Wie in den deutschen Kohlenzentren, so gibt es auch in Polnisch-Oberschlesien überfüllte Kohlenhalben. Und während die Kohlenhalben überfüllt sind, brennt in den meisten Stuben kein Ofen, weil Arbeiter und Erwerbslose nicht die Mittel besitzen, um sich Kohlen zu kaufen. Nun haben dort Erwerbslose zur Selbsthilfe gegriffen und sammeln die Kohlen in den stillgelegten Gruben.

Jetzt wird aus Kattowitz gemeldet, daß die Polizei gegen diese Erwerbslosen eine große Offensive mit Tränengas eröffnet hat. Mit Tränengas sollen die Erwerbslosen davon abgehalten werden, sich vor dem Frost zu schützen.

Der Krach bei den Nordischen im Norden

Der Krach bei den Nazis in Schweden nimmt immer größere Dimensionen an. Der Kassierer der dortigen Nazi-Partei hat den Vorsitzenden der Partei aus der Partei ausgeschlossen und der Vorsitzende den Kassierer. Nun veröffentlicht der Kassierer eine Mitteilung, wonach der Vorsitzende der Nazi-Partei die gesamte Parteikasse gestohlen hat. Der Vorsitzende antwortet darauf, daß sich in der Kasse keine sehr große Summe befunden hat. Uebrigens wäre er nur dem Kassierer zuvor gekommen, der die gleiche Absicht gehabt habe. Jedenfalls reiche die gestohlene Summe nicht aus, um einen Ausschluß aus der Partei zu gerechtfertigen.

Es bleibt also noch die Frage offen, bis zu welcher Summe man stehen kann, um noch Vorsitzender der Nazi-Partei zu bleiben.

Ein vereister Segler



Unsere Aufnahme zeigt einen Fischereisegler, der jetzt in den Hafen von Swinemünde eintrifft: Ein dicker Eispanzer hat sich um das Schiff gelegt, so daß man kaum noch die ursprünglichen Formen des Schiffes erkennt. Harte Arbeit für die Seeleute, die draußen auf hoher See bei solchem Wetter Dienst haben.

Die Meutierer von Stanislawow

Ganze Kompanie polnischer Soldaten verbrüderte sich mit kämpfenden Arbeitern

Es kommen fast täglich aus dem Reich Polens zahlreiche Nachrichten, die darauf schließen lassen, daß nicht nur die Milizionenmassen der Wertstätigen sich immer stärker gegen den Kapitalismus und gegen die tschakistische Diktatur erheben, sondern daß auch die polnische Armee sich in ständiger Gärung befindet. Die Meldungen über Verhängung des Standrechts über Militärs in einigen Korpsbezirken, zahlreiche Meldungen über stattgehabene Prozesse gegen revolutionäre Soldaten, die der kommunistischen Agitation angeklagt werden, sind berechtigte Anzeichen dafür, daß die polnische Arbeiter und Bauern im Soldatenrock in wachsendem Maße mit dem Kampf des gesamten werktätigen Volkes sympathisieren. Aber die tschakistische Diktatur verhindert durch eine drakonische Zensur jede Verbreitung von Nachrichten über Meutereien in der polnischen Armee, die sich zweifellos nicht nur vereinzelt, sondern häufig ereignen, so daß nur durch Zufall, wenn einige der meuternden Soldaten ins Ausland gelangen, solche Nachrichten in die Öffentlichkeit kommen.

Vor einiger Zeit nun sind 37 polnische Soldaten aus Polen nach Deutschland entflohen, und einige von ihnen berichten uns jetzt über Meutereien polnischer Truppenteile. Diese Soldaten gehörten der 1. Kompanie des 48. Infanterie-Regiments an, das in Stanislawow, südlich von Lemberg, stationiert ist. Hören wir nun, was diese Soldaten uns zu berichten haben:

Militär soll auf Hungernde schießen

Es war Ende Juni des vorigen Jahres, als eines Morgens der Führer unserer Kompanie, Hauptmann Potniewicz, den Befehl gab, uns sofort feldmarschmäßig anzukleiden. Sehr schnell erfuhr man, welchen Zweck dieser plötzliche Alarm hatte: In Stanislawow waren Hunger und Unruhe ausgebrochen, und wir sollten der Polizei zu Hilfe eilen, um die Unruhen niederzuschlagen.

Nun muß man wissen, daß unsere Kompanie, die fast zu gleichen Teilen aus Oberschleßlern, Polenern, Galiziern und Kongreßpolen bestand, einen Feldwebel namens Erich W. hatte, der uns schon wiederholt gelegentlich freundschaftlicher Zusammenkünfte gelacht hatte, daß wir als Arbeiter und Bauern niemals auf polnische Arbeiter schießen dürften. Viele von uns erhielten von Zeit zu Zeit, teils von Verwandten oder Bekannten, in Briefen kommunistische Flugblätter zugefleht, die stets sehr aufmerksam durchgelesen wurden. Als nun an dem genannten Morgen der Befehl zum Ausmarsch kam, sagte unser Feldwebel Erich W. zu uns, er hoffe, daß wir das Herz nicht haben würden, auf das Volk zu schießen, das Hunger hat.

Die Verbrüderung der Soldaten mit den Arbeitern

Unter Führung des Hauptmanns Potniewicz marschierten wir nun in die Stadt, an deren Peripherie wir schon von riesigen Volksmengen empfangen wurden, die uns zuriefen: „Nicht schießen!“ Aus den Häusern wurden wir von Frauen und Kindern mit Blumentöpfen und Ziegelsteinen beworfen. Und immer stärker wurde die Menge, die uns den Weg nach der Stadt verperrte. Plötzlich wurde der Hauptmann von einem Ziegelstein getroffen und gab in äußerster Erregung den Befehl zum Schießen.

In diesem Augenblick, fast wie auf ein Kommando, warfen wir, statt zu schießen, die Gewehre von uns und schnalften die Koppel ab. Dabei riefen wir: „Das sind unsere Brüder und Schweigern, auf die können wir nicht schießen!“ Die Volksmenge brach in einen ungeheuren Jubel aus, Frauen küßten uns die Hände und ehe wir uns versehen, waren alle Gewehre und die Munition, die wir von uns geworfen hatten im Nu verschwunden. Der Hauptmann, der den Befehl zum Schießen gegeben hatte, schoß sich eine Kugel durch den Kopf, und zwar, wie später offiziell begründet wurde, weil er den Befehl zum Schießen voreilig gegeben habe.

Als wir den Hauptmann vom Pferde sinken sahen, wurde uns doch angst, denn wir begriffen, daß man uns nicht nur der Meuterei, sondern wahrscheinlich auch der Ermordung des Haupt-

manns beschuldigen würde. Von den beiden Leutnants war nichts mehr zu sehen, sie hatten sich aus dem Staube gemacht. Der Feldwebel Erich W., ein Oberschleßler, gab sofort die Lösung aus, die Flucht zu ergreifen. Einige von unseren Leuten



Unser Bild zeigt eine Gruppe der polnischen Soldaten, die in Stanislawow gemeutert haben. Unter ihnen befindet sich auch der Führer der Meuterei, der Feldwebel E. W. (X)

machten sich unmittelbar in der Richtung nach der sowjet-russischen Grenze auf. Ueber ihr Schicksal ist uns nichts bekannt. Wir andern kamen nicht mehr zur Flucht, denn inzwischen rückte bereits eine Artilleriekompagnie heran, die eigentlich zu unserer Verstärkung ausgeschied worden war.

Verhaftet und degradiert

Gleichzeitig kam mit dem Auto auch der Regimentskommandeur, der bei unserm Anblick glaubte, wir hätten uns von der Bevölkerung entwaschen lassen. Er brüllte: „Was, polnische Soldaten wollt ihr sein und laßt euch entwaschen? Feiglinge seid ihr!“ Dann gab er den Befehl, daß wir unter Bedeckung in die Kaserne abgeführt werden. Nach 13 tägiger strenger Haft wurde

uns mitgeteilt, daß wir sämtlich zu Soldaten zweiter Klasse degradiert worden seien, alle Chargen und die Kolarden (der polnische Adler) wurden uns abgerissen, und wir wurden zu einem Strafbatalion nach Wadowicz kommandiert. 48 Mann von uns gelang es, zu fliehen. 32 Tage und Nächte wanderten wir zu Fuß von Stanislawow über Lemberg, Tarnow und Krakau bis nach Oberschleßen, wo wir die Grenze nach Deutschland überschreiten wollten. Aber nur 37 von uns kamen über die Grenze. Zwei wurden bei der Grenzüber-schreitung von den Posten erschossen, sieben andere verhaftet und wie wir inzwischen erfahren haben, zum Tode verurteilt. Unter den 37, denen die Flucht geglückt ist, befindet sich auch unser Feldwebel.

Proletarischer Internationalismus der Tat!

So weit der Bericht der geflohenen polnischen Soldaten. Dieser Fall, wie uns die Soldaten berichten, durchaus nicht der einzige seiner Art, gibt uns ein Bild über den heldenhaften Kampf der polnischen Arbeiter, Bauern und Soldaten gegen den polnischen Faschismus. Glaubt ihr, deutsche Wertstätige, daß diese Kämpfer gegen den polnischen Imperialismus unsere Feinde sind wie die Nazis und die gesamte chauvinistische bürgerliche Presse behaupten? Nein! Im Gegenteil: es sind unsere Brüder, deren Kampf unser Kampf ist. Wenn die deutschen Chauvinisten die räuberischen Vorstöße des polnischen Imperialismus zum Akt laß nehmen, um eine unerhörte Kriegsbegeisterung in ganz Deutschland zu entfalten und die Grenzlande förmlich in Kriegszustand zu versetzen, wenn die deutsche Bourgeoisie immer unverhüllter ein Kriegsgeheul zur Eroberung des Korridors erhebt, so stellen wir dieser Kriegsbegeisterung die Durchführung der Beschlüsse der Essener Konferenz der kommunistischen Parteien über die Verstärkung des Kampfbündnisses der Massen über die Grenzen aller Länder hinweg entgegen und verweisen mit Stolz auf den heldenhaften Kampf der kommunistischen Partei Polens für das Recht der freien Selbstbestimmung der Bevölkerung Oberschleßens und des Korridors, für das Recht der Danziger Bevölkerung zum freiwilligen Anschluß an Deutschland. Die Berichte der polnischen Soldaten zeigen uns, daß diese Beschlüsse nicht Worte bleiben, sondern in Taten umgesetzt werden.

Imperialistischer Machtkampf an der Donau

Neuer Vorstoß des französischen Imperialismus zur Sicherung seiner Vorherrschaft gegen Italien und Deutschland geplant — Oesterreich soll zum „neutralen“ Staat erklärt werden

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet, die französische Regierung beabsichtige, eine vom Völkerbund garantierte „ewige Neutralität“ Oesterreichs nach dem Vorbild der Schweiz vorzuschlagen. Es seien bereits Vorbereitungen dazu im Gange. Der Hauptzweck dieser Aktion sei, für alle Zeiten den Anschluß Oesterreichs an Deutschland oder eine Vorherrschaft Italiens an der Donau zu verhindern.

Viele Berichte des stets autorisierten „Daily Telegraph“ werfen ein bezeichnendes Licht auf den imperialistischen Machtkampf in Mitteleuropa, der auf Kosten nicht nur der österreichischen, sondern auch der Wertstätigen Frankreichs, Deutschlands, Italiens und Ungarns ausgetragen wird. Dem französischen Imperialismus genügt nicht die Verklaffung des österreichischen Volkes durch den Lausanner Stavenpakt, er strebt angelehnt an die Erbsünderung des Versailles Systems und angesichts der wachsenden Bestrebungen des italienischen Imperialismus, die französische Vormachtstellung zurückzudrängen, nach weiteren Garantien, denn nichts anderes bedeutete die „Neutralitäts“-Erklärung als die Stabilisierung der französischen Hegemonie. Der vom „Daily Telegraph“ angekündigte Vorstoß der franzö-

sischen Regierung ist also ein Teil jenes großen imperialistischen Ringens um die Vormachtstellung in Mittel- und Osteuropa, das früher oder später zum Ausbruch eines neuen imperialistischen Weltkrieges führen muß.

Wenn die nationalistische Presse in Deutschland auf die Ankündigung von diesem französischen Vorstoß hin wieder einmal ihr chauvinistisches Kriegsgeheul erhebt, so gibt es, diesen Heuchlern und Kriegsbegehern die Wüste des „nationalen Befreiers“, die sie sich aneignen, herunterzureißen. Wenn die Herrschaften in der „Berliner Börsenzeitung“ und der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ und die Nazis das Maul vollnehmen, so erklären wir: Diese Leute waren es ja grade und ihre Regierung Papen, mit deren Hilfe die Verklaffung des österreichischen Volkes und seine Auslieferung an das französische Finanzkapital ermöglicht und durchgeführt wurde. Es war der Vertreter der deutschen Regierung, der scheinbar in der stillen Hoffnung auf ein künftiges deutsch-französisches Militärbündnis gegen die Sowjetunion noch nicht einmal gegen das Lausanner Verklaffungsprotokoll gestimmt hat.

Zwischen Tanks und Stockeldeckel

WILLY HARZHEIM

ERZÄHLUNG AUS DEN TAGEN DER RUHRBESETZUNG

10. Fortsetzung

„Mir schmeckt das Zeug nicht mehr. Und wenigstens ich muß doch nüchtern bleiben. Wer soll denn sonst André in die Kaserne bringen, nicht wahr?“

„Ich mag auch nicht mehr. — Fällt es denn nicht auf, wenn ihr so spät kommt?“

„Wenn wir alle beide besoffen wären, ja, aber so, ich werden den André schon richtig verpöden. Morgen fährt er zurück in seine Heimat.“

„Ah, so, dann habt ihr Abschied gefeiert?“

„Ja, so'n bißchen. Ich wußte, was kam. Hab schon an der Theke heimlich verschüttet. André soll sich besaufen, wenn er aber an seinem letzten Tag in den Arrest fliegt, das wär nicht wieder gut zu machen.“

Beide unterhalten sich laut André hört nichts. Er schwebt im Traumland und redet mit sich selbst.

Hallig überlegt. Wenn der nüchtern ist, dann muß er mir so allerhand erzählen. Dann hat die Sauferei wenigstens eine Zweck gehabt.

„Was macht der André, wenn er wieder zuhause ist?“ ist seine erste Frage.

„André ist Bergarbeiter. Kohlen wird er hacken, wie sonst.“

„So? Ich bin auch Kumpel. Und was bist du?“

„Ich bin Schlosser.“

Hallig macht eine Pause. Er weiß nicht, wie er das andere sagen soll. Seid ihr organisiert? Was haltet ihr von den Kommunisten? Was bist du für einer? Diese Fragen lagen ihm auf der Zunge. Sollte er ihn fragen? Der Soldat hat ein offenes Gesicht, da steckt kein Falch dahinter, denkt er.

„Sind bei euch in Belgien viele Kommunisten?“

Für einen Augenblick sieht der Soldat Hallig verwundert an, dann sagt er: „O ja, überall.“

Hallig glaubt ein ganz kleines Lächeln gesehen zu haben. „Ich bin auch Kommunist!“ bekennt er.

„Ah, Kommunist?“ Lebhaft sagt es der Soldat. „Franz fühlt, der Soldat möchte mehr sagen. Hallig will ihm das Sprechen leicht machen und sagt: „Kommunisten sind international!“ Gespannt wartet er auf die Antwort. Aber der Soldat antwortet nicht. Er holt Tabak und Papier aus der Tasche und dreht sich eine Zigarette. Während er das Papier anfeuchtet, fragt er: „Gestern haben unsere Offiziere geschimpft, waren wütend wie Stiere. Da sind in der Nacht Zeitungen über die Mauer geworfen worden. Wart ihr das?“

„Ja, ja, das, das haben wir gemacht“, drückt er. Er ist ärgerlich über seine Unfähigkeit, Fragen und Antworten diplomatisch zu kleiden. Er wollte den Soldaten zur Offenheit zwingen, und nun zwingt der Soldat ihn zum Bekennen.

Mittlerweile war André eingeschlafen und wäre glatt vom Stuhl gefallen, wenn der Soldat ihn nicht im letzten Augenblick aufgefangen hätte.

„Jetzt wird's aber Zeit, daß ich ihn Hudepad nehme. — Und das mit den Zeitungen, das habt ihr fein gemacht, Kamerad!“ Hallig lacht und vergißt seinen Verger.

Der Soldat rückt André wach. Hallig hilft mit, Andrés Beine wieder in Gang zu setzen. Vor der Tür kommt André durch den kühlen Luftzug zur Besinnung.

„Kamerad, laß es dir gut gehen, morgen fahr ich zu mten Mooding!“ Schwer fällt Andrés Kopf nach vorn.

„Aber wir sehen uns wieder, Kamerad... wie heißt du?“ „Onderwell — ja, sagen wir mal morgen nachmittag, dann hab ich Zeit.“

„Gut! Also Gute Nacht zusammen. Fällt nicht auf!“ Am liebsten hätte Hallig sofort die Jungen zusammengetrommelt, um ihnen von seinem Erfolg zu erzählen. Ein Erfolg war es, außer Frage. Solch einen Freund zu haben! Onderwell ist ein ehrlicher Kerl. Mit Onderwell werde ich schon die Festung erkürmen. — Die Jungen werden sicher schon lange schnarchen. Aber morgen mittag gehe ich zu ihnen.

Die Brückenposten

Als Hallig am anderen Tage des Mittags von der Zecher kommt, stehen Karl und Emil in der Küche. „Fritj und Anton werden sicher auch nachher kommen“, versprechen sie.

„Na, ihr Neugierigen, könnt wohl nicht abwarten, bis ich euch erzähle, was gestern Abend war? Da staunt ihr, wa? Die Freundschaft hab ich geschlossen.“

„Gib man nich so an. Geflossen hast du, nen Schnapsbruder

hast du gefunden, weiter nix.“

„Nu halt aber die Luft an!“ droht Hallig und schilbert genau den Verlauf des Abends. Karl und Emil fallen ihm gleichzeitig ins Wort:

„Hör auf, hör auf, wir glauben's dir schon. Aber das ist noch gar nichts. Ich und Emil haben seit gestern jeder zehn Freunde!“

„Jetzt fangt ihr aber an anzugeben!“

„Na ja, so schlimm ist das ja nicht, aber in ein paar Tagen werden wir zehn Soldaten als Freunde haben. Das ist bestimmt.“

„Das sagt ihr so, als wenn man das im Handumdrehen machen könnte.“

„Ja, mein Junge, aber so ist es. Wir setzten uns an den Tisch, da hörten wir, wie die Soldaten sich über den großen Riesen stritten. Na siehst du, du hast auch keine Ahnung davon. Die Soldaten waren nämlich alle Turner. Und in der Turnerei kann man uns beiden nichts vormachen, wa, Emil? Wir hörten uns das so eine Weile an, von wegen Red und Barren und Grätsche, da konnte ich mich nicht mehr halten. Erlaubt mir mal ein Wort, hab ich gesagt, und dann hab ich losgelegt. Du, da haben die Soldaten doch Augen gemacht. Also was soll ich sagen, kurz und gut, letzten Endes stellt sich heraus, alle Soldaten, die am Tisch saßen, waren Arbeiterportler. Wat sagste nu?“

„Au, Mensch, dat ist aber fein.“

„Ja, dat denk ich auch. Ich kann dir nur sagen, wir waren wie Brüder. Schade, du hast uns nicht gesehen, wir sind nachher alle in den Saal gegangen, und ich hab den Soldaten unsere Geräte gezeigt. Uebermorgen wollen sie alle Mann in unsere Übungsstunde kommen!“

„Und ich komm nachher mit meinem Onderwell zusammen.“

„Das klappt ja wie am Schnürchen. So hab ich mir die Soldaten nicht vorgestellt. Ist ja nichts Leichtereres, wie mit den Soldaten Freundschaft schließen!“

„Na, ich weiß nicht, ich hab gestern Abend dabei geschwitzt.“

„Ach wagt, die Soldaten sind alle für uns, das ist meine feste Ueberzeugung!“ meint Karl, und Emil nickt zustimmend. „Die Offiziere sind gegen uns, die Soldaten nicht.“

„Es ist doch leicht, Verbindungen mit den Soldaten anzuknüpfen, und der Volk hat gesagt, das sei mit Gefährlichkeit und Schwierigkeit verbunden? Was ist dabei gefährlich?“

(Fortsetzung folgt)

Mit Lenin, Liebknecht, Luxemburg im Sturmschritt vorwärts!

Wir schmieden die rote Einheitsfront des Kampfes gegen Hunger, Faschismus und imperialistischen Krieg für Arbeit, Brot und Freiheit!

Heraus zur Massenkundgebung der KPD. und des KJVD., Sonntag, den 22. Januar 1933, vorm. 11 Uhr in der „Weltbühne“, Friedrich-Wilhelmstraße / Genosse August Sandtner, MdL., spricht / Proletarische Künstler rezitieren

Es läuft der russische Revolutions-Großfilm „Feuertransport“

Sichere dir sofort deine Eintrittskarte! Eintrittspreis 30 Pfennig. Erhältlich bei allen Funktionären der Kommunistischen Partei und des Kommunistischen Jugend-Verbandes und im Büro, Königstraße

In roter Einheitsfront

Kampfanfrage der Breslauer Erwerbslosen

Tausende Breslauer Erwerbslose zum Kampf gegen Hunger und Frost bereit

Breslau. Seltet nicht die gelbe Faust in der Tasche, froh nicht abzuwarten, sondern kämpft in geschlossener Einheitsfront, heraus zur Erwerbslosenkundgebung am Donnerstag, dem 19. Januar! Unter dieser Parole hatte der Zentrale Erwerbslosenausschuß Groß-Breslau die Breslauer Erwerbslosen aufgerufen. Zu Tausenden eilten die Hungernden und Frierenden auf den Neumarkt.

Aus dem Süden, dem Westen, dem Norden und aus dem Osten formierten sich die Märsche und marschierten nach dem Neumarkt. Alle Stadteile der Hungernden, die nach dem Neumarkt anrückten, brachten auf Transparenten ihre Kampfforderungen zum Ausdruck.

Die Kohlenhalben brennen, Erwerbslose frieren. Die Margarine verteuert, das Wert des „sozialen“ Kanzlers. Her mit dem Kohlenüberfluß, her mit den Lebensmittelüberschüssen in den Speichern. Erwerbslose Frauen, eure Kinder hungern, reißt euch ein in den Kampf. Kein Stille stehen, kein Stille Brot ohne Kampf!

So und ähnlich lauteten die Forderungen.

Ein Kollege des Bezirks-Erwerbslosenausschusses eröffnete die Kundgebung, zu der sich am Neumarkt annähernd 4000 Breslauer Erwerbslose, darunter eine starke Delegation der Erwerbslosen aus Deutsch-Polen und Umgegend, hingekümmelt hatten. Kollege Paul wies in einer Ansprache auf das ungeheure Elend und die große Not der Erwerbslosen trotz des ungeheuren Ueberflusses an Lebensmitteln hin. Der Redner zeigte weiter in seinen Ausführungen, daß nur durch außerparlamentarischen Kampfesweg in der roten Einheitsfront die Erwerbslosen ihre nackte Lebenssituation verteidigen können. Die Verantwortlichen, die Erwerbslosen, sie denken nicht daran, länger zu hungern. Die Kampfkraft der Erwerbslosen steigert sich. Überall dort, wo die Erwerbslosen den Kampf zur Rettung vor Hunger und Frost außerparlamentarisch in roter Einheitsfront ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit geführt haben, überall dort haben die Erwerbslosen ihre Aktionen erfolgreich beendet. Auch Breslaus Erwerbslose rufen jetzt ein entschlossenes „Nein“ gegen den Hunger, genug des Elends. Wir Erwerbslose marschieren zum Kampf um unsere Forderungen. Auch den Braunen Kettenhunden des Kapitals, den SA-Banden, die für ihren erhaltenen Sold die Arbeiterklasse, die landarbeitenden Klassen der Erwerbslosen blutig niederschlagen, rufen die Erwerbslosen zur Schwärze mit dem Mordmord an Arbeitern, Schwärze mit dem Terror gegenüber den Erwerbslosen. Kampf dem kapitalistischen System, allen Steuergeldhaltern und Kapitalisten. Wir, die Arbeiter der Erwerbslosen, sind angetreten. Wir wollen nicht mehr hungern, wir wollen den Ueberfluß, her damit!

Ein Hungererwerbsloser zeigte die Bestimmungen des sozialen Gesetzes, der die Hungererwerbslosen zur „Arbeitslosigkeit“ erziehen will. Die Hungererwerbslosen, die Hungererwerbslosen, sie nehmen den Kampf gegen die Erziehung zur „Arbeitslosigkeit“ auf, sie führen den Kampf gegen den Terror und die Verhaftungen. Sie lassen sich nicht einfangen mit den verschiedenen Methoden, sie marschieren Seite an Seite mit den erwerbslosen Frauen, Seite an Seite mit ihren Schwefelern und Wägen. Folgende Resolution gegen die Proklamation der Mordbanden wurde einstimmig angenommen:

„Am 19. Januar in Breslau unter der Führung des Zentralen Erwerbslosenausschusses aufmarchierten Erwerbslose nehmen mit Entschlossenheit Kenntnis von dem provokatorischen Aufmarschplan der Berliner SA vor dem Karl-Liebknecht-Haus. Die Breslauer Erwerbslosen fordern die Berliner Arbeiterklasse auf, am Sonntag mit aller Kraft das rote Berlin und das Eigentum der Arbeiterklasse zu verteidigen, jede Provokation der Nazi-Banden mit eigener Einschlossenheit zu verhindern. Die Breslauer Erwerbslosen bekunden dem roten Berlin ihre Sympathien! Sie sind

darüber hinaus bereit, als Antwort darauf bei der Organisation des politischen Massenstreiks in den Betrieben mitzuwirken!“

Polizei schlägt braune Mordbanden

Vom Neumarkt setzte sich ein 2500 Mann starker Demonstrationzug in Bewegung. Von Sprechchören begleitet, die da u. a.

„Nieder mit der Schleicher-Regierung, her mit dem Ueberfluß, wir wollen Brot, Kartoffeln, Kohlen!“

riefen, ging es durch die Straßen der Innenstadt. Auf der Gartenstraße, vor der Filiale der Nazivorkaufsstelle waren doppelte Schupo-Posten aufgestellt. Eine ganz besondere Bewachung ließ die Polizei dem Braunen Haus angedeihen. Berittene Doppelposten, dreifache Ketten, mehrere Flieger wurden vor dem Heines-Palast aufgestellt. Dies charakterisiert am deutlichsten die Erwerbslosen-eindlichkeit der Nazi-Partei, welche sich vor den hungernden Erwerbslosen vertreibt, weil sie kein reines Gewissen hat.

Die Marschschritte der Hungerarmee in den Villenvierteln im Süden haben gewiß manchen kalten Bürger in Schreden versetzt, denn das zeigte sich dadurch, wie sich die wohlgenährten „Vollgenossen“ hinter den Gardinen verkrüppelten.

Die Breslauer Erwerbslosen haben gestern ihre Kampfanfrage gegen das kapitalistische Hungerregime bekundet; jetzt heißt es weiter vorhaken und den letzten Erwerbslosen zum Kampf gegen Hunger und Frost zu mobilisieren.

Praktische Solidarität der AMS-Staffel Süd

Der rote Massen-Einsparungskomitee Staffel Süd hatte es sich zur Aufgabe gestellt, auf dem Gebiet der praktischen Solidarität einen Vorstoß zu unternehmen. Dieses ist den Genossen auch gelungen, indem sie in der Lage waren, bei einer Anzahl von Geschäftsleuten eine Samm-

Faschistische Methoden eines Gutsinspektors

Er zieht Arbeitern zuviel Beiträge ab und entläßt sie wegen „Faulheit“

Schlottau. In Nieder-Mallgau betätigt sich der faschistische Gutsinspektor Zichon als besonderer Landarbeiterschinder. Den Landarbeitern, welche jemals schon zu einem Hungerlohn vom frühen Morgen bis in die späte Nacht schufteten müssen, zieht dieser famose Inspektor mehr Verpflegungsbeträge ab, als es zulässig ist. Als nun ein Arbeiter sich gegen diese Methoden zur Wehr setzte und dagegen Front machte, leitete sich dieser faschistische Held folgendes Glanzstück:

Er entließ diesen Arbeiter wegen angeblicher „Faulheit“

Hierbei zeigt es sich, daß diese Menschenschinder glauben, daß sie sich gegen die armen Landproleten alles leisten können. Berühmt ist dieser Held bereits schon durch andere Heldentaten, weil er zu jener Sorte Antreiber gehört, die mit allen Schikanen gegen die Landarbeiter vorgehen. Seine Antreibermethoden, welche er in Schilderweis gegen die dortigen Landarbeiter anwandte, wurden bereits von den dortigen Landproleten damit beantwortet, daß sie die Entfernung dieses Menschenschinders verlangten. Er wurde dann auch auf Grund des Druckes der dortigen Landproleten entlassen. Wenn dieser faschistische Kapitalkavalari sich ein Urteil erlaubt, über die Faulheit der Landarbeiter, so werfen wir hier die Frage auf, wieviel dieser Unter-

zung vorzunehmen. Am gestrigen Tage fand im Lokal zum „Roten Stuhl“ die Sprengung von 37 Hilfsbedürftigen Kindern statt. Dieses Beispiel zeigt sehr deutlich, daß es möglich ist, auch auf diesem Gebiet weiter vorzustreben und die Geschäftswelt in die Solidaritätsbewegung einzureihen. Genossen, nicht nachlassen, sondern weiter vorstößen an der Solidaritätsfront!

Deutscher Arbeiter-Mandolinisten-Bund

Anlässlich des 10jährigen Bestehens des D.M.B. findet am Montag, dem 23. Januar, 20 Uhr, im „Schießwunder“ ein Mandolinenspektakel statt. Wir bitten alle Parteigenossen, Gewerkschafter und Freunde unserer Bewegung um zahlreiche Unterstützung. Eintritt 15 Pfg.

Im Zeichen der Durchführung der Parteitagebeschlüsse

Die kleine Ortsgruppe Neichenstein ist als erste Ortsgruppe an die Verwirklichung des strategischen Planes der Bezirksleitung herangegangen und hat in dem wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Ramenz einen Stützpunkt der Partei geschaffen, obwohl dies die Aufgabe der Ortsgruppe Frankenstein war. Die Genossen von Frankenstein haben gelegentlich vor dem Arbeitsamt in Ramenz unsere Zeitung verlost, dachten aber nicht ernsthaft daran, dort die Partei organisatorisch zu verankern.

Die Neichensteiner Genossen hatten ihre Massenarbeit unter den Erwerbslosen begonnen. Die von uns abgehaltene Erwerbslosen-Verammlung legte den Grundstein für die Organisation des Massenkampfes gegen Hunger und Frost. Unser Redner erntete bei seinen Ausführungen reichen Beifall. Es wurde ein Erwerbslosenausschuß in Stärke von 9 Kollegen gewählt. Im Anschluß an die Erwerbslosen-Verammlung hatten die Genossen mit der organisierten Werbung von Mitgliedern für die Partei begonnen. Der Erfolg blieb nicht aus. Fünf Arbeiter traten der KPD bei, und diese neuen Mitglieder wurden zu einer Zelle zusammengefaßt. Die Neichensteiner Genossen haben sich verpflichtet, diesen von ihnen neugeschaffenen Stützpunkt weiter mit auszubauen zu helfen.

Die Hauptaufgabe der Partei ist es jetzt, in Ramenz ihren Einfluß unter den Eisenbahnarbeitern zu verankern. Die Unterbezirksleitung muß die Genossen bei der Durchführung dieser Aufgabe auf das stärkste unterstützen.

Die Aktivität der Neichensteiner Organisation muß auf alle übrigen Ortsgruppen und Zellen anspornend wirken. Genossen! Geht, überall mit noch größerem revolutionären Elan an die Durchführung der Parteitagebeschlüsse!

Ein gutes Werbebeispiel

Die neugegründete Ortsgruppe Ufersdorf der Partei hat innerhalb fünf Wochen fünf neue Stützpunkte geschaffen und in diesen 34 Neuannahmen getätigt.

Genossen, macht's nach!

Billiges Fleisch-Angebot!

Schweinefleisch m. B.	Pfd. 0,56 Mk.
Schulter m. B.	Pfd. 0,65 Mk.
Schuppbraten m. B.	Pfd. 0,70 Mk.
Koteletten	Pfd. 0,85 Mk.
Schmorfleisch o. Knoch.	Pfd. 0,68 u. 0,75 Mk.
Rouladen	Pfd. 0,80 Mk.
Suppenfleisch	Pfd. 0,50 u. 0,55 Mk.
Gulasch	Pfd. 0,50 Mk.
Gehacktes (zum Braten)	Pfd. 0,46 Mk.
Kahlefleisch m. Kn.	Pfd. 0,55 u. 0,65 Mk.
„ „ „ „	Pfd. 0,50 u. 0,50 Mk.

sowie alle anderen Fleisch- und Wurstwaren zu niedrigsten Preisen empfiehlt

Adolf Weiß Breslau 10, Mittelstraße 13, Fernruf 450 50

Central-Lichtspiele

Liegnitz

Ab Freitag, den 20. Januar
Greta Garbo mit Ramon Novarro in ihrer Glanzrolle
MATA HARI
Ein virtuoses Bildwerk von ungewöhnlicher Spannung u. Darstellungskraft
Wochentags 1/26 Uhr und 8 Uhr
Sonntags 3 Uhr, 1/26 Uhr u. 8 Uhr

Capitol-Strehlen

Von Freitag bis Montag
Werktag 6,45 Uhr, Sonntag 3 Uhr, letzte Vorstellung 9 Uhr
F. P. 1. antwortet nicht
mit
Gans Wiers — Sibille Schmitz

Max Schönfelders Wochen-Angebote

Bieten die beste Gewähr für Qualitäts- und sparsamen Einkauf
Hier einige Beispiele:
1a Bäcklinge je Pfd. 0,19 Pfg., 5 Pfd.-Riste 0,90 Pfg.
1a Sprotten 5 Pfund extra 220—250 gr Inhalt 0,16 Pfg.
Margarine, fabrikfrisch 1 Pfd.-Würfel 0,26 Pfg., 3 Pfd. 0,78 Pfg.
— meine führenden Marken das Pfd. 0,30, 0,40 und 0,50 Pfg.
Garantiert reines Speisefett, 100 % Fettgehalt, 500 gr-Zafel 0,27 Pfg., 3 Zafeln 0,80 Pfg.

Kolonialwaren

Bruchreis	Pfd. 0,10	Erbsen 1a, Victoria	Pfd. 0,17
Böhrreis	0,11	„ halbe, gelb.	0,16
1a Uracan-Vorlauf	0,15	„ ganze, gelb.	0,18
1a Honigmais-Tafel	0,19	Weißer Bohnen	0,19
3 Kronen-Pastas	0,21	Gruppen, hart	0,14
Hasjogwehl	0,17	„ mittel	0,16
Weizenmehl 000	0,15	Suppengrünchen	0,20
Wiener Grieß 1a	0,20	Gebr. Gerste	0,16

Gebr. Roggen je Pfd. 0,52 Pfg.
Leberwurst mit Fettstücken je Pfd. 0,52 Pfg.
Gut-Beiwurst, Spezialität je Pfd. 0,52 Pfg.

Badobst-Mittel

Melange-Badobst, meine Sonder-Spezialität
das Pfd. zu 0,29, 0,40, 0,48, 0,60 Pfg.
Pflaumen, zuderig das Pfd. 0,22, 0,35, 0,42 Pfg.
Ringsel, beste weiße das Pfd. 0,52 Pfg.

Käseforten

1a Ziegellkäse schon saftig das Pfd. 0,22 Pfg.
Mollere-Frischkäse das Stück 0,10 Pfg., 3 Stück 0,25 Pfg.
Tafelkäse, ohne Rinde das Pfd. 0,58 Pfg.
Edamer Bollenkäse das Pfd. 0,78 Pfg.
Tafelkäse, vollfett, Edelmarke das Pfd. 0,78 Pfg.
1a Schweizerkäse das Pfd. 0,88 Pfg.

Die Verkaufspreise für die von mir geführten Waren sind allerhöchst berechnet, und kommen nur la einwandfreie Qualitäten zum Verkauf. Prompter Versand nach auswärts.

Max Schönfelder, Breslau 1, Albrechtstraße 56

Klein Laden!
Damen-Wintermäntel
jetzt rückwärtig
herabgesetzt
4,95, 5,95, 14,50
Eigene Anfertigung!
Fuchs, Breslau
Fried.-Wilh.-Str. 21
Geöffnet v. 10-7 Uhr
Gegen Vorzahlung des
Inverrats 5 Prozent!

N.-Schl. Nußkohlen I 1,35 Mk.
N.-Schl. Nußkohlen II 1,25 Mk.
je 1 Zentner ab Lager
M. Mittmann
Liegnitz, Königsstraße Nr. 5
Achtung Genossen!
Kauft bei unseren Inserenten!

PROLETON Tonfilmbühne

Gabitzstraße 20
Höfchenstraße 49

Ab Freitag bis Donnerstag, den 26. Januar
Das Dreigestirn
Willy Fritsch, Lilian Harvey, Willy Forst in
Ein blonder Traum

Ein Volksstück mit Musik von Walter Reisch und Billie Wilder, mit Trude Hesterberg Paul Hörbiger — Musik W. R. Heymann

Im Beiprogramm: **Wochenschau**
Lachraketen: Matrosenstreiche, Bauernhochzeiten — Der unangenehme Patient
Erwerbslose ab 30 Pfg.
Täglich um 4.30 Uhr, letzte Vorstellung 8.45 Uhr

Sonntag - Nachmittag 1/3 Uhr:
Große Kinder- und Familien-Vorstellung
Preise ab 20—30 Pfennig
Arbeiter-Sport-Kartell